

**Wortprotokoll 4. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2023/2027
22. Legislaturperiode****Donnerstag, 5. Oktober 2023, 19.00 Uhr
im Rathaussaal**

Anwesend	37 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Andreas Hebeisen, GR Huber, GR Ribezzi
Absolutes Mehr	19
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	GR Fabian Neuweiler
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Lisa Diethelm

Traktanden**Protokollgenehmigung**

1. Protokoll der Sitzung vom 7. September 2023

Einbürgerungen gemäss Beilage

2. Beck, Sebastian / Da Conceição Ferrão Beck, Lénia / Ferrao Beck, Lucas
3. Pieper, Martin / Pieper, Silke
4. Pira, Albin
5. Tomczyk-Hauswald, Sebastian / Hauswald, Melanie / Hauswald, Pauline / Hauswald, Jakob / Hauswald, Mathilda

Wahlen

6. Ersatzwahl in die Kommissionen

Botschaften

7. Budget 2024 Stadt Kreuzlingen

Motionen

8. Motion Swiss Power Renewables / Begründung

Interpellationen

9. Interpellation Nebenamtliche Tätigkeiten von Mitgliedern des Stadtrates / Begründung

Verschiedenes

10. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Ich begrüsse euch zur heutigen Budgetsitzung. Ganz besonders begrüsse ich heute Markus Rüegger und Edgar Käslin. Ihr kennt den Ratsbetrieb schon ein bisschen, jetzt mal die ganze Legislatur, hoffen wir. Dann wünschen wir euch viel Spass bei dieser Aufgabe.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.
Die Traktandenliste wird genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 7. September 2023

Abstimmung

Das Protokoll wird mit 32 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen genehmigt.

Einbürgerungen gemäss Beilage

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

2. Beck, Sebastian / Da Conceição Ferrão Beck, Lénia / Ferrao Beck, Lucas

Entscheid

Beck, Sebastian / Da Conceição Ferrão Beck, Lénia / Ferrao Beck, Lucas wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

3. Pieper, Martin / Pieper, Silke

Entscheid

Pieper, Martin / Pieper, Silke wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Pira, Albin

Entscheid

Pira, Albin wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

5. Tomczyk-Hauswald, Sebastian / Hauswald, Melanie / Hauswald, Pauline / Hauswald, Jakob / Hauswald, Mathilda

Entscheid

Tomczyk-Hauswald, Sebastian / Hauswald, Melanie / Hauswald, Pauline / Hauswald, Jakob / Hauswald, Mathilda wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Wahlen

6. Ersatzwahl in die Kommissionen

Der Ratspräsident: Ich verweise auf die Tischvorlage (Beilage 1). Sind Wortmeldungen dazu oder möchte jemand den Vorschlag vermehren?

Abstimmung

Die Ersatzwahl wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Botschaften

7. Budget 2024 Stadt Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

Der Ratspräsident: Der Finanzplan wird lediglich zur Kenntnis genommen, die Fraktionen können sich aber nach dem Budget dazu äussern.

GR Dufner, Präsident FRK: Ich darf aus der Budgetsitzung der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 21. September berichten. Wir haben vom Stadtrat ein Budget vorgelegt bekommen, welches ein Defizit von CHF 4 Mio. vorsieht. Wir haben geplante Nettoinvestitionen von CHF 21 Mio., wir haben eine bescheidene Selbstfinanzierung von CHF 3 Mio. ausgewiesen. Das bedeutet, dass wir rund CHF 18 Mio. an Fremdmitteln aufnehmen müssen, wenn all die geplanten Nettoinvestitionen von CHF 21 Mio. umgesetzt werden sollen. Wir haben auch weiterhin den Antrag, den Steuerfuss bei 64 % zu belassen. Im Bericht, insbesondere auch im Finanzplan wurde vom Stadtrat darauf hingewiesen, dass wir ein strukturelles Defizit haben oder haben werden, insbesondere auch im Zusammenhang mit den grösseren Projekten, welche sich wie das Familien- und Freizeitbad jetzt in Umsetzung befinden, welche teilweise aber auch noch anstehen. Ich erlaube mir hier, aus der Botschaft die entsprechenden Hinweise des Stadtrats noch einmal allen vor Augen zu führen. "Abhängig von der Entwicklung der städtischen Finanzen werden Diskussionen über Dienstleistungen, Investitionen und den Steuerfuss stattfinden müssen. Mittelfristig sollen durch eine aktive Bewirtschaftung des Liegenschaften-Portfolios und eine moderate Anpassung des Steuerfusses zusätzliche Mittel generiert werden, um das Gleichgewicht des Finanzhaushalts zu sichern." Ich denke, wir müssen diese Ausführungen auch im Rahmen dieser Budgetberatung, die jetzt ansteht, vor Augen haben. Wenn es darum geht, Diskussionen über Dienstleistungen, Investitionen etc. zu führen, müssen wir als Volksvertreter diese Aufgabe natürlich jetzt schon wahrnehmen und jetzt schon genau hinschauen und nicht erst in fünf Jahren, wenn das Loch dann noch grösser ist. Im Budget sehen wir auch den Stellenetat, wo 11.6 % zusätzlich ausgewiesen sind. Davon sind 2.6 % für die Ukrainegefährtlinge vorgesehen, allerdings befristet bis Ende 2024. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass das letztlich selbstfinanziert ist. Wir haben 4.8 Stellen für Egelsee und Hörnli. Diese beiden Bäder werden in die Stadt integriert, und es ist logisch, dass die Personen, die vorher bei anderen Institutionen angestellt waren, jetzt im städtischen Stellenetat auftauchen.

Diskussionen gab es einerseits im Zusammenhang mit der Verlängerung der 80 %-igen Altersstelle um ein Jahr bis Ende 2024 und die neue 80%-Stelle für die Stadtentwicklung. Bezüglich der Altersstelle war es so, dass wir im Rahmen der FRK einen Fragekatalog erhalten haben, in dem von GR Hummel verschiedenste Fragen aufgeworfen wurden, wozu ich fand, wenn so viele Fragen aufgeworfen werden, ist es sicher sinnvoll, wenn wir genug Zeit haben, diese zu beantworten und separat abzuhandeln. Deshalb haben wir in der vorgängigen Sitzung zum Finanzplan über die Altersstelle diskutiert. Zum schriftlichen Fragenkatalog gab es dann auch eine umfassende Beantwortung des Departements Soziale Dienste.

Die Ausgangslage war die, dass wir im Rahmen des Budgets für 2021 eine 60 %-Stelle befristet auf drei Jahre hatten. Der Start verzögerte sich dann, weil es sich als schwierig erwies, eine geeignete Person zu finden, weshalb man die Stelle dann auf 80 % erhöhte. Im Rahmen der schriftlichen Beantwortung, welche wir vom Departement für Soziale Dienste erhielten, war das Gesprächsprotokoll vom 31. August 2023 angehängt, welches mit Herrn Anderegg bezüglich der kantonalen Fachstelle Alter geführt wurde. Bemängelt wurde in der Anfrage, dass die Informationen 2020 keine Auskunft über das Geriatrie- und Demenzkonzept und die geplanten Anlaufstellen des Kantons für die Altersarbeit gaben. Der Hintergrund war, dass 2020 ein Streichungsantrag für die Altersstelle gestellt und abgelehnt wurde, wo man rückblickend mit den heute vorliegenden Informationen und Wahrnehmungen der Meinung ist, dass diese Abstimmung unter Umständen anders ausgegangen wäre, wenn man damals schon über sämtliche Informationen verfügt hätte. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass es Parallelen zur Stelle gibt, die wir bei der Stadt bezüglich Sozialversicherungsberatung haben, weshalb auch gewisse Doppelspurigkeit bemängelt wurden. Die Antwort des Departements für Soziale Dienste war, dass die AHV-Zweigstelle nicht eine Beratung macht, sondern dass sie eine Antragsprüfung macht und dabei prüft, ob die Antragsunterlagen vollständig sind und ob alle Akten vorhanden sind oder ob man diese allenfalls ergänzen müsste. Die Altersstelle ist in Rat & Tat integriert. Diesbezüglich wurde darauf hingewiesen, dass sie eben den ganzen Ablauf prüft inkl. Anspruchsgrundlagen, themenübergreifend vom Departement Gesellschaft wie vom Departement für Soziale Dienste. Aufgrund der gelieferten Zahlen bezüglich der Anzahl Beratungen tauchte eine Unklarheit auf bezüglich Bedarf. Bezogen auf die 80 %, welche für diese Stelle eingesetzt sind, wurde eine Vergleichsberechnung angestellt, dass man aufgrund der angegebenen Zahlen pro Woche 1.8 Personen bzw. 5.3 Personen pro Monat berät. Setzt man pro Beratung 5 Stunden ein, führt dies in der Summe zu einem Volumen von 15 Stellenprozenten. Deshalb war man in diesem Rahmen der Meinung, dass diese 80 % vielleicht etwas zu hoch sind. Es wurde dann darauf hingewiesen, dass es sich bei den angegebenen Zahlen lediglich um Erstkontakte handelte, dass es aber auch Folgekontakte gebe und es im Weiteren bei dieser Stelle darum gehe, dass man auch das Alterskonzept umsetze und im Übrigen bei den Beratungen die Qualität und nicht die Quantität im Vordergrund stehen müsse. Bezüglich der Konkurrenzsituation mit der kantonalen Fachstelle wurde darauf hingewiesen, dass man dies dem AUA-Protokoll habe entnehmen können, dass man schon damals auf diese Doppelspurigkeit hingewiesen habe und dass bereits 2020 im Rahmen der Diskussion, ob es eine solche Stelle überhaupt brauche, diese Frage aufgeworfen worden sei. Damals sei gesagt worden, dass brauche es eigentlich nicht, weil es bereits viele Player gäbe, welche das anbieten; darunter Pro Senectute und jetzt neuerdings auf die Caritas. Es war dann auch die Rede vom Pilotbetrieb in Arbon, welcher jetzt mit dem neuen Konzept in einen Regelbetrieb überführt wird, wonach in jedem Bezirk eine analoge gleiche Stelle geführt wird. Die Antwort des Departements war, dass man vom Kanton leider nie eine klare Antwort erhalten habe, was der Kanton da plant. Das Departement Soziales schickte sogar einen Brief nach Frauenfeld, erhielt darauf aber nie eine Antwort. Erst seit April 2023 wusste man, dass die operative Leitung der kantonalen Fachstelle durch das Schweiz. Rote Kreuz übernommen wird. Was das Schweiz. Rote Kreuz genau plant, wisse man erst seit der erwähnten Besprechung vom 31. August mit Herrn Anderegg vom Kanton. Bis vor Kurzem war unklar, wo die kantonale Fachstelle in Kreuzlingen ihre Niederlassung haben wird. Heute weiss man, dass diese im "DAS TRÖSCH" ein Büro führen wird. Nach Auskunft des Departements Soziales wird sie in erster Linie Gemeinden beraten und nur sekundär und in Ausnahmefällen Betroffene. Weiter wurde auf die demografische Situation hingewiesen, dass wir in Kreuzlingen in 10 Jahren einen Viertel der Bevölkerung haben werden, die über 65 Jahre alt sind und dass deshalb auch der Bedarf nach entsprechender Altersberatung steigen werde und man deshalb jetzt diese Altersstelle aufbauen müsse und das nicht erst in ein paar Jahren machen könne. Im Fragepapier wurde bemängelt, dass bei der Umfrage, die kurz vor 2020 gemacht wurde, die Mehrheit keine Altersstelle gewünscht habe und man eine solche trotzdem realisiert habe. Damals habe man nichts davon gesagt, dass die Mehrheit der Befragten dies gar nicht gewollt habe. Vom Departement wurde darauf hingewiesen, dass die Kompetenzgrundlage das Alterskonzept sei, welches der Stadtrat erlassen hat. Daher sei nicht primär auf die Umfrage abgestützt worden. Zusammenfassend hatten wir bezüglich der Altersstelle folgende Haltungen: Kontra, dass die Informationen bezüglich des kantonalen Alterskonzepts damals nicht geflossen seien, dass die Umfrage

zu so einer Altersstelle damals mehrheitlich mit einem Nein beantwortet worden sei, dass es jetzt neue Player gibt, neben Pro Senectute auch die Caritas, die im Auftrag des Kantons Budgetberatungen macht und dass es Überschneidungen mit der Tätigkeit der AHV-Zweigstelle in der Stadt Kreuzlingen und deren Beratungen gebe. Pro, dass die Caritasleistungen nicht nur für die Alten, sondern für jedermann seien. Man habe jetzt auch die Situation bezüglich Überschneidungen mit der AHV-Zweigstelle auf der Homepage bereinigt. Es gehe bei der Stelle jetzt unter anderem auch um Kriseninterventionen und um die sogenannte aufsuchende Arbeit, deshalb sei man der Meinung, dass man diese Befristung bis Ende 2024 fortsetzen und daher im Budget 2024 weiterführen solle. Es gab dann einen Streichungsantrag bezüglich dieser Stelle. In der Annahme, dass nicht alle das 20-seitige Protokoll gelesen haben, es aber doch ein wichtiges Thema ist, habe ich nun auch diese langen Ausführungen gemacht. Der Streichungsantrag wurde mit Stichtentscheid des FRK-Präsidenten gutgeheissen. Ich werde deshalb im Namen der FRK in der Detailberatung des Budgets diesen Streichungsantrag stellen.

Somit sind wir zurück beim Stellenetat. Bei der 80%-Stelle bei der Stadtentwicklung geht es um die Projektleitung. Die Stelle ist beim Präsidium angesiedelt, ist aber departementsübergreifend tätig, was bedeutet, dass alle Departemente darauf zurückgreifen können. Es geht darum, dass man die Bevölkerung mehr mitwirken lassen möchte. Es soll nicht alles im stillen Kämmerlein ausgeheckt und in eine Botschaft gebracht werden, sondern es soll darum gehen, die Stimmberechtigten besser abzuholen und zu informieren, damit entsprechende Vorlagen bei Volksabstimmungen erfolgreich durchgehen. Weiter will man auch die Jugendlichen und Menschen ohne Schweizer Pass mehr einbeziehen. Das Ziel ist auch eine aktive Beteiligung der Bevölkerung, eine sogenannte integrative Kultur des Zusammenlebens, habe ich in der Begründung gelesen. Als Beispiele wurden Quartiervereine erwähnt, welche bei der Stadt Unterstützung suchten, sowie das Projekt der Stadtgärten. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass für solche Projekte und Zusatzaufgaben in der Verwaltung keine Kapazitäten vorhanden sind. In der Diskussion in der FRK wurde darauf hingewiesen, dass ein ständiges Jekami nicht nötig sei, auch der Nanny-Staat fiel als Begriff sowie der Hinweis, wenn es kein Engagement der Bevölkerung gebe, dass die Bevölkerung das entsprechende Projekt unter Umständen nicht als so wahnsinnig wichtig betrachte. Es gab auch Fragen zu Überschneidungen mit der Tätigkeit der Projektkoordinatorin, welche mit 90 % beim Präsidium angesiedelt ist. Hier wurde darauf hingewiesen, dass diese vor allem für konkrete und grössere Projekte wie das Familien- und Freizeitbad, für das Stadthaus etc. eingesetzt werde und es hier mehr um generelle, allgemeine Projekte und Konzeptarbeit gehe. Es wurde diskutiert, dass es sehr schwierig sein werde, dafür eine geeignete Person zu finden. Es bestand auch die Meinung, eigentlich müsste das ein Departementschef oder ein Stadtrat sein, der den Kontakt zur Bevölkerung habe. Es wurde auch die Frage gestellt, ob es nicht bei den 160 % Präsidium, Kommunikation und Stadtmarketing allenfalls noch Kapazitäten gäbe, damit man diese Stelle nicht noch zusätzlich schaffen müsste. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Kanton mit dem E-Partizipationsmodell, wo man Mitsprache via Internet macht, auch Einsparungen machen könne und es deshalb fraglich sei, ob es die entsprechende Stelle tatsächlich brauche. Entsprechend wurde bezüglich dieser Stelle ein Streichungsantrag gestellt, der allerdings mit 3 Ja, 4 Nein und 2 Enthaltungen abgelehnt wurde. Es wurde dann ein Antrag auf Befristung auf fünf Jahre gestellt, damit man nach fünf Jahren schauen kann, ob die Erwartungen erfüllt seien oder nicht. Der Antrag auf Befristung wurde mit 8 Ja gegen 1 Nein gutgeheissen. Ich werde diesen Antrag ebenfalls in der Detailberatung im Namen der FRK stellen. Die übrigen Stellenanträge und Erhöhungen waren unbestritten, die FRK hat Bedarf und Notwendigkeit eingesehen. Die Ukrainehilfe ist sowieso durch die Globalpauschale vollständig gegenfinanziert. Der Schalter im Einwohneramt musste zeitweise geschlossen werden, weil es an Personalkapazität fehlte. Dort gab es auch sehr grosse Fluktuationen. Die Belastung ist sehr hoch. Seit der letzten Stellenerhöhung von 2012 leben in Kreuzlingen 2800 Personen mehr, davon ein grosser Teil Ausländer, welche bei einer Anmeldung einen grösseren Aufwand verursachen als bei einer einfachen Umzugsmeldung. Deshalb ist sonnenklar, dass diese Stelle notwendig ist.

Betreffend Investitionsbudget wurden wir orientiert, dass das Projekt Betriebskonzept Bodensee-Arena läuft, auch im Zusammenhang mit einer Verzichtsplanung. Im Rahmen des Investitionsbudgets haben wir auch die Stadtinseln angeschaut, wofür vom Stadtrat ein Kredit von CHF 200'000 gesprochen wurde, wobei es darum geht, öffentlichen Raum im Zentrum und in den Quartieren aufzuwerten. Es

wurde darauf hingewiesen, das sei ein Wunsch aus der Bevölkerung gewesen. Wir mussten dann feststellen, dass im Budget Seite 10 (Investitionskredit 197) ein kleiner Fehler passiert ist. Dort ist ein Restkredit von CHF 200'000 aufgeführt, was nicht sein kann, weil wir bereits aufgestellte Stadtinseln sehen durften. Richtigerweise müssten es dort CHF 56'000 sein und die CHF 200'000 müssten im Budget sein. Denn wer das Budget genau studiert hat, hat festgestellt, dass der Stadtrat für die Stadtinseln für 2024 gar nichts beantragt hat, obwohl er, wie man auch der Presse entnehmen konnte, plant, weitere Stadtinseln zu machen. Im Rahmen dieser Diskussion tauchte die Frage auf, warum der Stadtrat da vorprescht und auf eigener Entscheidungsbasis solche Stadtinseln macht, kurz bevor man es im Budgetprozess behandelt. Dies führte dann zu einem Streichungsantrag, welcher mit 5 Ja gegen 4 Nein gutgeheissen wurde. Ich nehme an, wir werden vom Stadtrat einen Antrag erhalten, dass wir diese CHF 200'000 ins Budget 2024 aufnehmen. Der Antrag der FRK ist so zu verstehen, dass ich in diesem Fall den Auftrag habe, wiederum einen Streichungsantrag zu stellen. Ich werde in diesem Fall einen Antrag auf Ablehnung stellen, damit wir nicht über zwei Anträge abstimmen müssen. Weiter haben wir über den Investitionskredit 187 diskutiert, das ist der provisorische Kiesparkplatz beim Hafenbahnhof, wofür CHF 450'000 vorgesehen sind. Hier wurde die Frage der Wirtschaftlichkeit aufgeworfen. Vom Departement wurde darauf hingewiesen, das seien auch Vorleistungen für das Parkhaus, welches in diesem Bereich irgendwann geplant ist. Man könne einen grossen Teil davon später wieder nutzen, und im Übrigen gebe das auch Einnahmen von rund CHF 100'000 pro Jahr. Daher sei die Wirtschaftlichkeit sicher gegeben. Der Bedarf sei ausgewiesen, mit dem Bad Egelsee brauche man mehr Parkplätze. Heute haben wir, man höre und staune, auf dem Bärenplatz nur 98 Parkplätze, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Es wurde auch darauf hingewiesen, dieser Platz sei chronisch voll oder sogar überfüllt, sodass Gewerbetreibende in der näheren Umgebung keine Parkplätze finden würden und dass es deshalb richtig und wichtig sei, 60 Parkplätze vom Bärenplatz, die jetzt an die PH vermietet sind, zum Hafenbahnhof zu verlegen, um so mehr Parkplätze für die Öffentlichkeit zu schaffen.

Beim Einzelnachweis diskutierten wir noch über die CHF 90'000, welche für die Überprüfung des Lohnsystems vorgesehen sind. Dabei geht es darum, den Prozess der Entscheidungsfindung, welches Lohnsystem man in Zukunft anwenden will, mit Unterstützung von Fachleuten neu zu definieren. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, CHF 90'000 sei schon ein bisschen viel, im Übrigen habe das jemand auch schon gratis gemacht. Es fiel dann auch noch der Begriff, es habe ein bisschen viel Schnickschnack da drin. Dies führte dazu, dass die FRK mit 7 Ja gegen 2 Nein eine Halbierung des Betrags beschloss. Ein Streichungsantrag wurde abgelehnt.

Eine weitere Diskussion hatten wir bezüglich der Beiträge. Für den EHC Kreuzlingen-Konstanz (EHCKK) sind für die Eiskosten vor dem Hintergrund der höheren Preise für Gas und Elektrizität CHF 30'000 mehr vorgesehen (bislang CHF 100'000, neu CHF 130'000). Dazu wurde die Frage aufgeworfen, ob Konstanz auch etwas dazu bezahlt, weil auch viele Konstanzer in diesem Verein aktiv sind. Man konnte uns darüber informieren, dass Konstanz nichts an die Eiskosten beiträgt, aber es sind noch CHF 40'000 in der Rechnung vom EHCKK als Drittbeiträge ausgewiesen. Man konnte aber nicht genau sagen, woher diese kommen. Es wurde aber darauf hingewiesen, dass neben diesen CHF 130'000 der gleiche Beitrag vom EHCKK selber auch noch beigetragen wird an diese Eiskosten. In der Gesamtabstimmung empfiehlt die FRK dem Gemeinderat das Budget mit 9 Ja zu 0 Nein mit gleichbleibendem Steuerfuss von 64 % zur Annahme.

GR E. Raschle: Ich hoffe, ich kann die Fraktionsmeinung ein bisschen kürzer halten als die Kommissionsmeinung. Die MITTE/EVP-Fraktion hat sich am vergangenen Montag nochmals intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt, vor allem auch mit den Positionen, die bereits in der Beratung in der FRK erwähnt und hinterfragt wurden. Auch wenn das Budget mit einem Minus von CHF 4 Mio. nach dem Finanzchef rein nach Zahlen noch als vertretbar beurteilt wird, fühlt sich unsere MITTE/EVP-Fraktion doch verpflichtet, auf alle noch möglichen Spareffekte hinzuweisen und sie auszuloten. Ich habe eine persönliche Meinung, das ist nicht die Meinung der Fraktion, aber es ist mir eingefallen, als ich mir Gedanken zur Fraktionsmeinung machte. Wir werden in Zukunft vermehrt Diskussionen zu Minusbudgets führen müssen, und ich habe mir überlegt, ob wir das nicht so einführen könnten, wie National- und Ständerat das machen, dass man das Prinzip einer Kostenbremse einführen und somit schon im Voraus eine rote Linie festlegen könnte. Mit dieser Massnahme könnten wir die Ausgabenziele im

Voraus beraten, damit wir nicht Bedürfnisse wecken und Bedürfnisse schaffen. Das war Teil meiner persönlichen Meinung. Bei einem Budgetvolumen von CHF 80 Mio. hat unsere Fraktion auch über kleinere Ausgabeposten diskutiert, wohlwissend, dass diese Beiträge das Minus nicht ausgleichen können. Aber auch Kleinvieh gibt Mist, deshalb haben wir diese Konten auch angeschaut. Bei diesen Konten vertrauen wir aber den Verantwortlichen, dass diese Ausgaben nötig sind und das Geld zweckmässig eingesetzt wird. Viel Zeit hat die Beratung des Stellenetats gebraucht. Wir sind uns bewusst, dass die Stadt für die vielfältigen Aufgaben, welche an sie gestellt werden, die nötigen Mitarbeitenden braucht und dafür auch die nötigen Stellenprozente besprochen werden müssen. Deshalb haben wir die Argumente für oder gegen zusätzliche Stellenprozente respektvoll diskutiert und abgewogen. So wird die MITTE/EVP-Fraktion folgende Empfehlungen einbringen: Bei der Altersstelle folgt die Fraktion dem Streichungsantrag der FRK mit 5 Ja, 1 Nein und 1 Enthaltung. Bei der neuen Stelle Stadtentwicklung ist unsere Fraktion noch sehr verhalten oder enthalten, sodass sich in der Fraktionssitzung nur zwei Personen für die neue Stelle ausgesprochen haben. Bei einer allfälligen Annahme dieser Stelle wird die Fraktion die Befristung auf 5 Jahre unterstützen. Die übrigen Stellenerhöhungen (Einwohneramt, befristete Ukrainehilfe, Egelsee, Hörnli, Bauverwaltung und Ordnungsdienst) erachten wir als ausgewiesen und haben diesen einstimmig zugestimmt. Nach einer langen und intensiven Diskussion empfiehlt die MITTE/EVP-Fraktion das Budget der Stadt 2024 mit einem unveränderten Steuerfuss anzunehmen.

GR Salzmann: Die FDP-Fraktion unterstützt das Budget 2024, wird aber zu gegebener Zeit auch noch einen kleinen Antrag stellen. Leider zeigt auch dieses Budget wie in der Vergangenheit auch keine Elemente einer Verzichtsplanung. Damit meinen wir nicht, dass die vielen vorhandenen Wünsche im Rahmen eines Budgetierungsprozesses zusammengestrichen werden – das ist normal –, sondern das bestehende wiederkehrende Ausgaben einfach nicht mehr ausgegeben werden. Im Zuge der vom Stadtrat für den Finanzplan angekündigten bevorstehenden Steuerfusserhöhung haben wir schon die Erwartung an den Stadtrat, dass man zuerst einspart und erst dann den Bürger höflich und bescheiden um mehr Geld bittet. Da bitten wir den Stadtrat, offensiv mit dem Sparen zu beginnen, damit dem Volk euer Steuerfusserhöhungsbegehren überhaupt schmackhaft gemacht werden kann.

GR R. Herzog: Nach vielen Jahren mit positiven Budgets und meist noch positiveren Rechnungsabschlüssen präsentiert die Stadt Kreuzlingen für 2024 ein deutliches Minus im Budget. Der Finanzplan zeichnet noch ein bisschen ein düsteres Bild. Einerseits lehrt uns die Vergangenheit zwar, dass es oft dann doch anders kommt, als man budgetiert und geplant hat, dennoch sind natürlich deutliche Warnzeichen zu erkennen. Es wird jetzt bereits nach einer Verzichtsplanung gerufen, nötige Stellen und Investitionen werden infrage gestellt. Das passt aus unserer Sicht schlecht auf Äusserungen, die gar noch nicht weit zurückliegen, die Stadt schwimme im Geld und die Stadt ziehe dem Bürger zu viel Geld aus der Tasche. Diese Äusserungen haben zur Senkung des Steuerfusses geführt. Wir haben bereits anlässlich der Diskussion über den Steuerfuss damals davor gewarnt, dass wir wahrscheinlich in kürzerer Zeit froh wären, wir würden den Steuerfuss nicht senken, sondern beibehalten, um die anstehenden Aufgaben und Investitionen zu stemmen. Zweifellos ist der städtische Haushalt ständig und immer wieder daraufhin zu prüfen, was nötig, was sinnvoll oder nur wünschenswert ist. Letztlich geht es um die politische Kernfrage, was städtische, also staatliche Aufgaben sein sollen und was nicht. Darüber werden sich erfahrungsgemäss die Geister wohl klar scheiden. Die SP/GEW/JUSO-Fraktion wird sich vehement dafür einsetzen, dass wichtige Leistungen zugunsten der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Kreuzlingen nicht gestrichen oder gekürzt werden. Wir wollen eine moderne, lebenswerte und sich entwickelnde Stadt mit hoher Lebensqualität fördern. Abhängig vom Verlauf der Debatte und den konkreten Anträgen und Entscheidungen wird die SP/GEW/JUSO-Fraktion dem Budget voraussichtlich zustimmen.

GR Hummel: Auch wir haben das vorliegende Budget natürlich auch wiederum sehr intensiv und auch kontrovers diskutiert. Eines vorweg: Mit dem budgetierten Aufwandüberschuss von gut CHF 4 Mio. können wir an und für sich leben, da die Stadt bekanntlich über ein sehr hohes Eigenkapital verfügt. Es ist uns klar, dass die bewilligten Projekte jetzt auch umgesetzt werden müssen und Kapitalkosten generieren. Das bedeutet höhere Abschreibungen und auch aufgrund der hohen Fremdfinanzierung sowie der globalen Finanzlage mit höheren Schuldzinsen ist das halt so. Unter anderem schlagen in gewissen Bereichen auch noch die Energiekosten zu Buche. Und jetzt kommt das grosse Aber. Offenbar

gehen die Meinungen des Stadtrats und der SVP-Fraktion schon ein bisschen weit auseinander, was Verzichtsplanning bedeutet. Wir verstehen nicht, dass man bei einem strukturellen Defizit mit steigenden gebundenen Ausgaben neue wiederkehrende, ungebundene Ausgaben generiert. Zum Beispiel für Stellen, wo wir den Nutzen nicht nachvollziehen können. Es heisst so schön im Gesundheitswesen, Angebote generieren Bedürfnisse. Die öffentliche Hand kreiert munter weitere Kosten und erhebt den Zeigefinger, in absehbarer Zeit müssen wir dann aber die Steuern erhöhen, damit wir all diese Ausgaben decken können. Wir alle, Privatleute, Gewerbe, Privatfirmen verstehen unter Verzichtsplanning Kosten senken, denn wir können nicht davon ausgehen, dass wir dann einfach mehr Einnahmen haben. Ausser ich würde eine Bank überfallen. So ist es nicht verwunderlich, dass der Stellenetat in unserer Fraktion ein grosses Thema war. Es war unbestritten, dass man die Manpower, die es für Arbeiten braucht, welche die Verwaltung erledigen muss, aufstocken muss, damit man diese Arbeiten erledigen kann. Aber wir vertreten immer noch die Ansicht, dass die befristete Altersstelle überflüssig ist, da es bereits unzählige Angebote dieser Art gibt. Zum anderen verstehen wir immer noch nicht, wofür die neue Stelle bei der Stadtentwicklung sein soll. Wenn man bei kommenden Abstimmungen immer zuerst Meinungsumfragen und Workshops machen muss, ist man anschliessend auch nicht gescheiter, denn es wird immer zwei Meinungen geben. Man hat dazu aber noch viel Zeit verloren und kostenneutral ist das Ganze auch nicht. Es ist auch nicht einzusehen, warum die öffentliche Hand Projekte von Vereinen und privaten Gruppierungen begleiten soll, ausser man möchte dem Vorstand ein bisschen dreinreden. Vereinsbegleitung gehört doch nicht zur Kernaufgabe einer Stadt. Und wenn das Schule macht, sehe ich unseren neuen Partizipationsmenschen schon als Ersatztrainer beim FC, wenn der einmal ausfallen sollte. Die SVP-Fraktion wird den Kommissionsanträgen einstimmig zustimmen. Wir behalten uns vor, gegebenenfalls noch Anträge einzubringen oder andere Anträge zu unterstützen. Ob eine Zustimmung zum Budget erfolgt, hängt vom Verlauf der Diskussion ab.

GR Wolfender: Die FL/G/GLP-Fraktion hat das Budget eingehend und auch kontrovers diskutiert. Auf den ersten Blick scheint das Budget schlüssig und auch ausgewogen – ganz nach dem Motto, wir können es uns jetzt noch leisten. Auf den zweiten Blick befinden wir uns jedoch auf langfristige Sicht hin auf einer Talfahrt. Das mag beim Schlitteln Spass machen, aber bei einem Budget stimmt uns das nachdenklich. Deshalb waren wir in der Fraktion auch ein bisschen überrascht über zumindest einen Teil der Stellenanträge. Der Stadtpräsident hat in der FRK-Sitzung betont, dass das vorliegende Budget das umfasst, was der Stadtrat als nötig bezeichnet. Aus unserer Sicht ist es kein Sparbudget, was eigentlich nötig wäre. In der Detailberatung werden wir den zu erwartenden Anträgen manchmal grossmehrheitlich zustimmen, sie manchmal grossmehrheitlich ablehnen. Trotz all diesen Kritikpunkten wird unsere Fraktion das vorliegende Budget grossmehrheitlich annehmen. Und zu guter Letzt haben wir den Finanzplan grossmehrheitlich äusserst besorgt zur Kenntnis genommen.

GR Schulthess: Wir haben in diesem Budget ein strukturelles Defizit vorgelegt bekommen, welches uns eigentlich zur Aufgabe macht, politisch gegenzusteuern. Im Vergleich zu einem konjunkturellen Defizit, wo man sagen kann, wir warten das Ende der Kurve ab und füllen die Kasse dann wieder, wäre hier politisches Handeln angesagt, und zwar hier bei uns in der Legislative. Leider steht in diesem Budget, es sei mit grösster Budgetdisziplin gehandhabt worden oder man habe dem Priorität beigemessen. Ich kann das allerdings nicht nachvollziehen. Man hat im Bereich Kanzlei und Präsidium weitere Stellen aufgebaut, trotzdem hat man zusätzlich noch eine Menge Beraterhonorare. Typischerweise sagt man, man habe diese Beraterhonorare, weil man zu wenig Stellen hat. Jetzt haben wir beides. Wir haben viele Sachen wie IT-Budgets, welche offensichtlich steigen und steigen, ohne dass man da irgendwo eine Kontrolle hat. Am Schluss schultern wir eine Viertelmillion Schuldzinsen, was für mich nicht nach einem Budget aussieht, bei dem man vorhandene Strukturen in den Griff bekommen will. Vielleicht eine grosse Ausnahme: Zu meiner Überraschung hat man im Bereich Kultur sich doch sehr stark auf die Budgetdisziplin besonnen. Sonst sind wir uns jeweils nicht so gut, in diesem Bereich Kritik zu üben, aber überraschenderweise hat man dort recht zurückhaltend budgetiert. Am Schluss möchte ich alle Bürgerlichen hier drin, die jetzt im Wahlkampf behaupten, sie seien für Steuerensenkungen, für das Gewerbe und für ein Eindämmen des Ausgabenwachstums usw. dazu aufrufen, diesen Strukturen Leitplanken zu geben, und zwar jetzt und nicht, wenn wir in ein paar Jahren wahrscheinlich eine Steuererhöhung vorgelegt bekommen. Jetzt ist der Moment, dem entgegenzuwirken und nicht ein anderes Mal. Da wäre

Verantwortung angesagt. Ich werde mir erlauben, einige Streichungsanträge einzubringen. Leider ist mir das in einer Kommission verwehrt, also muss ich euch hier damit langweilen. Bei dem vielen Stau in Kreuzlingen hatte ich genügend Zeit, das Budget genau anzuschauen und würde mir herausnehmen, das Budget, sollte man es nicht stark korrigieren können, auch abzulehnen.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten

Seite 10, Investitionsnummer 3422 Übrige Freizeitgestaltung Spielplätze, INV00197 Stadtinseln

STP Niederberger: Wie der FRK-Präsident es bereits angekündigt hat, ist dort ein Übertragungsfehler passiert. Wir hatten zwar 2024 CHF 200'000 drin und im Namen des Stadtrats beantrage ich, das auch in der Budgetspalte 2024 einzutragen, damit wir im nächsten Jahr weitere Stadtinseln realisieren können. Erlauben Sie mir, noch ein paar Worte zu diesen Stadtinseln zu sagen: Der FRK-Präsident sagte, es sei ein Wunsch aus der Bevölkerung gewesen. Wir befassen uns schon länger mit diesem Thema, wie man den öffentlichen Raum für die Bevölkerung attraktiver machen kann. Das ist bei uns schon seit längerem ein Thema, für mich sowieso auch und überall, wo ich bin, verfolge ich auch solche Entwicklungen. Anlässlich eines Leitungsanlasses, wo Stadträte, Abteilungsleiter und Ressortleiter dabei sind, haben wir uns einen ganzen Abend lang mit diesem Thema befasst. Dabei haben wir auch einen Film von einem Raumplaner geschaut, der auf der ganzen Welt schon solche Umwandlungen von unattraktiven öffentlichen Orten zu attraktiven Orten gemacht hat, wo die Menschen wieder zusammenkommen. Diese Entwicklungen sind teilweise frappant, wenn an einem Ort, wo Menschen ausgeschlossen waren, diese plötzlich wieder zusammenkommen. Dann fanden noch die Partizipationsanlässe der Stadt statt. Ich erinnere an den Anlass Stadt für alle, wo im Dreispitz 120-150 Leute waren und sich über die Zukunft und die gesellschaftlichen Entwicklungen von Kreuzlingen unterhalten haben. Daraus gab es sehr viele gute Sachen, zum Beispiel die Massnahmen für Stadt für alle. Wo immer man bei dieser Veranstaltung hinhörte, die Menschen beschäftigt das wirklich, wie man den öffentlichen Raum für die Menschen attraktiver gestalten kann. Dies hat uns zu den Stadtinseln geführt. Es war nicht so, dass es ein Ziel war, diese Stadtinseln kurz vor der Budgetsitzung zu machen, sondern dieser Prozess hat schon lange angefangen. Eigentlich wäre geplant gewesen, dass man die Stadtinseln im Frühling aufstellen könnte, aber wegen Lieferschwierigkeiten und wegen des Baubewilligungsverfahrens, welches man natürlich auch noch machen musste, gab es da Verzögerungen. Wir konnten sie dann nach den Sommerferien aufstellen und das Ergebnis beim Karussell und unten beim Hafenplatz ist frappant. Die Stadtinseln werden extrem gut genutzt. Wann immer man dorthin geht, hat es dort Menschen und es sieht attraktiv aus. Die Leute kommunizieren miteinander, es ist ein Farbpunkt, mit Sträuchern auch wertvoll für die Biodiversität. Wir haben extrem viele und positive Rückmeldungen bekommen, was diese Stadtinseln betrifft. Bisher haben wir zwei Stadtinseln realisiert, nämlich beim Karussell und beim Hafenplatz, eine weitere ist bereits geplant und aufgegleast, diese soll bei der Piazza Cisternino realisiert werden. Wir haben von Anfang an gesagt, wir wollen die ersten Stadtinseln im Zentrum machen, damit die Bevölkerung sie wirklich wahrnimmt. Wir können uns sehr gut vorstellen, dass wir jetzt weitere Stadtinseln draussen in den Quartieren machen könnten. Letzte Woche haben wir den Platz in Kurzriickenbach eingeweiht, auch dort wäre ein guter Standort für eine Stadtinsel. Da wurde ich auch bereits angefragt, ob man dort nicht auch etwas machen könnte. Ich weiss auch von den Quartiervereinspräsidenten, dass dort ebenfalls Interesse besteht, diesbezüglich werden wir im November miteinander eine Sitzung haben. Ich würde wahnsinnig gern weitere solche Stadtinseln in der Stadt oder in den Quartieren realisieren. Deshalb beantragen wir, CHF 200'000 für 2024 ins Budget aufzunehmen, damit wir hier einen Schritt vorwärts machen können für attraktive Plätze, wo sich schlussendlich die Menschen treffen können.

GR Dal Dosso: Die FL/G/GLP-Fraktion hat diese Sache ausdrücklich und lebendig diskutiert und entschieden, einen Gegenantrag zu stellen. Wir beantragen, den Kredit für die Stadtinseln von CHF 200'000 auf CHF 100'000 zu halbieren. Wir finden, dass die Absicht der Stadt, die Stadt zu beleben und Begegnungsräume zu schaffen, eine sehr gute Sache ist. Das ist ein kleiner Schritt in Richtung einer Stadt, die mehr für die Menschen und weniger für den motorisierten Verkehr tut. Das eine kleine Anerkennung. In diesem Sinn möchten wir von der Fraktion das Vorhaben der Exekutive grossmehrheitlich

unterstützen. Wir stellen aber auch gern fest, dass das Angebot, wie wir gerade gehört haben, scheinbar sehr gut angenommen wird. Es wäre schade, wenn dieser Versuch durch die Streichung der Mittel ein Ende hätte. Wir sind aber der Meinung, dass die bisher eingesetzten Mittel von ungefähr CHF 140'000 für die zwei bereits realisierten Stadtinseln etwas hoch sind und dass man vielleicht mit weniger Mitteln ebenfalls einiges erreichen könnte. Deshalb unser Antrag.

GR R. Herzog: Abgesehen von der Meinung der SP, die für diese Stadtinseln plädiert, möchte ich der Form halber darauf hinweisen, dass man auch die Spalte Restkredite korrigieren müsste. Dieser Betrag lautet nicht CHF 200'000, sondern wenn ich es recht im Kopf habe CHF 56'000, also das, was vom stadt-rätlichen Entscheid noch nicht ausgegeben worden ist. Damit das Budget korrekt wäre, müsste man diese Spalte auch korrigieren.

GR Dufner: Ich habe von der FRK die Aufgabe, hier einen Streichungsantrag zu stellen bzw. den Ablehnungsantrag, diese CHF 200'000 aufzunehmen. Das wurde in der FRK mit 5 zu 4 beschlossen.

GR Hummel: Ich habe noch rasch etwas zur Korrektur. Den Mitteleinsatz von rund CHF 150'000 muss man in das Jahr 2023 nehmen, dann stimmt es wieder.

Abstimmung

Der Antrag der FL/G/GLP-Fraktion wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats, (reduziert auf CHF 100'000) wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 10, Investitionsnummer 6152 Parkplatzbewirtschaftung, INV00187 Provisorischer Kiesplatz Hafenbahnhof

GR Salzmann: Zu dieser Ausgabe von CHF 450'000 gibt es noch viele offene Fragestellungen, welche auch in der FRK nicht geklärt werden konnten. Der Kiesplatz soll nur drei Jahre lang stehen, weil im Finanzplan der Bau eines Parkhauses an gleicher Stelle bereits angezeigt wird. Wie viel des Betrags von CHF 450'000 ist nur für diese drei Jahre vorgesehen und anschliessend weg und wie viel von diesen CHF 450'000 können wir dann auch wieder brauchen, wenn wir das Parkhaus dort allenfalls bauen? Warum bezahlt die Pädagogische Hochschule lediglich CHF 40 pro Monat für einen Parkplatz, den wir Steuerzahler bauen sollen, wenn die eigenen Steuerzahler auf dem Bärenplatz CHF 60 pro Monat bezahlen sollen? Warum hat die Stadt sich darum zu kümmern, dass die PH Parkplätze hat? Wäre es nicht Aufgabe des Kantons oder der PH selbst? Warum bauen die den Kiesplatz nicht selbst auf eigene Kosten? Auf dem Kiesplatz werden wir keine CHF 90'000 pro Jahr an Mieteinnahmen kassieren, drei Jahre lang ergibt das CHF 270'000. Wie ist das wirtschaftlich vertretbar? Wie sind die vertraglichen Bedingungen, die wir zwischen Kreuzlingen und der PH oder zwischen Kreuzlingen und dem Kanton abgeschlossen haben betreffend Parkplätze für die PH? Zu was haben wir uns verpflichtet und warum? Mit wie viel Mehreinnahmen ist auf dem Bärenplatz zu rechnen, wenn Teile der PH dort nicht mehr parkieren? Ginge das bei einem dreijährigen Provisorium eines Kiesplatzes nicht günstiger oder müssen wir wirklich alle möglichen Auflagen trotzdem einhalten, als ob es ein ewiger Parkplatz wäre? Fragen über Fragen. Daher beantragt die FDP-Fraktion hier ein *3). Das bedeutet: wir möchten darüber eine kleine, separate Botschaft haben und zu einem separaten Zeitpunkt ein Ja oder ein Nein beschliessen können. Ich glaube, wir machen dem Stadtrat hier einen Gefallen, dass das PH-Parkplatzthema ein bisschen aus dem Schatten ans Licht gestellt wird.

SR Beringer: Ich kann etwas zu den Preisen der Parkplätze am Bärenplatz sagen. Es wurde richtig gesagt, für einen Parkplatz bezahlt man pro Monat CHF 60 auf dem Bärenplatz. Die PH hat mit uns einen Vertrag, sie bezahlen pro Monat CHF 40. Es ist aber so, dass die PH den Parkplatz nicht 24/7 nutzen kann. Die PH benützt die Parkplätze während der Woche, am Wochenende sind sie frei für die Öffentlichkeit. Das bezahlen sie nicht. In den Schulferien ist der Parkplatz frei für die Öffentlichkeit, auch abends ab 18:00 Uhr ist der Parkplatz frei für die Öffentlichkeit. Deshalb konnten wir dort nicht dieselben Preise machen wie für jemanden, der 24/7 auf dem Bärenplatz parkieren will. Aus unserer Sicht

ist diese Bepreisung gerechtfertigt, so haben wir die Vereinbarung mit der PH Thurgau dann abgeschlossen.

SR Zülle: Ich sage etwas zum Antrag, dass man eine Botschaft machen könnte. Ich habe eigentlich Verständnis, und wir scheuen uns nicht, eine Botschaft zu machen. Aber hier ist etwas ganz dringend nötig, weil sich etwas verändert hat. Wer den Bärenplatz schon einmal angeschaut hat, hat festgestellt, dass der Bärenplatz in letzter Zeit voller Autos ist. Das hat einen Grund. Das ist nicht einfach, weil dort viele mehr öffentlich parkieren, sondern weil wir viel mehr Parkplätze fix vermietet haben. Allein in diesem Jahr für die PH 29 Parkplätze, allein für die Spitex wird es 20 Parkplätze mehr geben. Das sind Parkplätze, die dann natürlich für die Öffentlichkeit wegfallen. Hinter dem Bären haben wir eine grosse Baustelle, dort wird es also schwierig zu parkieren, die kommen dann auch noch auf den Bärenplatz. Dann haben wir die beiden Restaurants mit demselben Problem, die drücken auch noch auf den Bärenplatz. Und jetzt kommt noch das Hallenbad, welches am kommenden Wochenende eröffnet wird, die drücken auch auf den Bärenplatz. Wir haben jetzt also viel mehr Leute, die auf dem Bärenplatz parkieren wollen und müssen, und zwar nicht erst in einem halben Jahr oder in einem Jahr, sondern jetzt. Das ist der Grund, warum wir jetzt handeln müssen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, 60 Parkplätze der PH zum Hafenbahnhof zu verschieben. Dort haben wir eine Parzelle, welche für diese grosse Parkierungsanlage geeignet ist, wo wir eine Buseinstellhalle und Parkierung machen können, wo wir vom Kanton bereits die Zusicherung für eine feste Vermietung bekommen haben. Bis dieses Parkhaus und die Buseinstellhalle aber gebaut werden können, wird es 2027 oder 2028. Das lässt sich noch nicht genau sagen, das kommt noch in den Gemeinderat, es kommt vors Volk. Da kann man noch keine genaue Zeit sagen, wir rechnen mit 3-4 Jahren, bis das dort gebaut werden kann. Im Moment wächst dort einfach ein bisschen Gras. Vorher waren das Schrebergärten, die sind längst verwaist, die sind weggezogen. Und jetzt kommt das Wirtschaftliche: Wir haben gesagt, davon haben wir nämlich keinen einzigen Franken. Wenn wir nun diese 60 Parkplätze dorthin verlegen, haben wir jährlich mindestens CHF 28'800 Einnahmen, drei Jahre also fast CHF 100'000, bei 4 Jahren wäre es ein bisschen mehr. Dazu kommt nun aber noch eine andere Einnahme. Am Bärenplatz werden 60 Parkplätze frei. Diese werden nicht in der Pauschale vermietet, sondern können täglich vermietet werden. Ich habe auch dafür eine Berechnung gemacht. 60 Parkplätze à CHF 8 mal 6 Tage (Sonntag ist gratis) mal 52 Wochen ergeben CHF 149'760. Wenn ich mit einer 50%igen Auslastung rechne, und im Moment sieht es nicht nach einer 50%igen Auslastung aus, sondern eher nach einer 100%igen, sind wir immer noch bei CHF 75'000 Mehreinnahmen, die wir generieren, wenn wir das relativ schnell machen. Die Kosten für den Kiesplatz sind ein bisschen hoch gegriffen, das gebe ich zu, weil wir die Infrastruktur eines normalen Parkplatzes gerechnet haben. Wir haben es heute noch einmal angeschaut und können sagen, dass wir diesen Parkplatz für diese 60 Autos rund einen Viertel billiger machen können. Ohne Beleuchtung, ohne Stützmauer können wir hier ein bisschen einfacher bauen, weil wir den Platz in 3-4 Jahren als Grundlage für das Parkhaus brauchen werden. Diese Frage haben wir in der FRK bereits beantwortet, du hast es vielleicht nicht gehört. Wenn wir ein Parkhaus bauen und alles schon abgetragen ist, was jetzt dort unten ist, sind schon viele Kubik Material weg, was dann eine Vergünstigung ergibt. Das sind alles Arbeiten, die man dann nicht mehr machen muss. Wie viel das genau ist, können wir natürlich nicht sagen, sonst müssten wir eine Offerte von einem Tiefbauer einholen. Aber man kann davon ausgehen, dass vom Geld, welches wir für den Kiesparkplatz ausgeben, mindestens ein Teil, vielleicht die Hälfte, bereits Vorleistungen für das Parkhaus sind. Wenn man wirtschaftlich rechnet, weniger Bürokratie – eine Botschaft ist Bürokratie und ihr seid für weniger Bürokratie –, mehr Einnahmen – ihr seid für mehr Einnahmen, damit die Kasse gut aussieht und schnell Parkplätze für Hallenbad, Kirche, Detailhandel und Gewerbe. Darum bitte keine Botschaft.

GR Brändli: Stellt denn jetzt der Stadtrat einen Abänderungsantrag, diese CHF 450'000 auf CHF 320'000 herunterzusetzen? Dann könnten wir uns nämlich überlegen, unseren Antrag zurückzuziehen.

SR Zülle: Ich habe es schon gesagt, wir haben etwa 25 % zu viel drin. Das hätten wir nicht gebraucht, es wäre dann einfach mehr in der Kasse gewesen bei der Schlussabrechnung. Wenn wir damit auf eine Botschaft verzichten können, sind wir durchaus bereit, den Betrag um CHF 100'000 zu kürzen, das wären dann noch CHF 350'000.

GR Brändli: Wir machen jetzt hier keinen Bazar auf, CHF 320'000 unsere Meinung. Der Stadtrat hat es versprochen, ich gehe davon aus, dass du im Namen des Stadtrats sprichst, dass hier drin dann die Zahl von CHF 350'000 steht. Ist das korrekt? Dann würden wir unseren Antrag zurückziehen.

GR Dufner: Ich stelle einen Antrag im eigenen Namen, man solle bitte den Investitionskredit auf CHF 350'000 reduzieren. Dann haben wir diese Diskussion nämlich bereinigt.

GR Hummel: Ich habe noch eine Frage an SR Zülle: Habe ich das richtig verstanden, wir haben auf dem Bärenplatz keine öffentlichen Parkplätze und ihr habt jetzt noch weitere Parkplätze an die PH vermietet? Ist diese Aussage richtig?

SR Beringer: Es ist richtig, wir haben an die PH zusätzliche 20 Parkplätze vermietet. Aber das ist im Prinzip von früher her gewachsen. Diese 20 Parkplätze stellte man der PH bereits kostenlos zur Verfügung. Sie waren der PH also schon zugeteilt und entsprechend auch für die PH angeschrieben. Man hat es jetzt einfach legalisiert. Unsere Vorgänger haben das damals so bestimmt, dass 20 Parkplätze zusätzlich benutzt werden dürfen, haben dafür aber nie eine Rechnung gestellt.

GR Schulthess: Zu diesem Thema möchte ich ergänzen, dass die Parkplatzknappheit unter Umständen daherkommt, dass man für Mobility noch Parkplätze macht, die auch nicht für die Öffentlichkeit sind, Eurobus hat dort noch Parkplätze, dann deckt man Parkraum mit irgendwelchen Containern und Briefkästen zu. Über die Knappheit der Parkplätze auf dem Bärenplatz müsste man sich eventuell überlegen, ob das nicht auch hausgemacht ist.

Abstimmung

Der Antrag von GR Dufner (Reduktion des Investitionskredits auf CHF 350'000) wird einstimmig angenommen.

GR Brändli: Somit ziehen wir unseren Antrag zurück.

Seite 8, Betrieblicher Aufwand, Konto 30 Personalaufwand

GR Schulthess: Ich habe etwas zu Seite 8, was eigentlich eher hierhergehört. Eingehend die Frage an den Stadtrat: Ist es richtig, dass man sich bei den Löhnen der Stadt 2.3 % Teuerungsausgleich zubilligt?

STP Niederberger: Wir haben ein Personal- und Besoldungsreglement. Dort ist der Teuerungsausgleich für das gesamte Personal geregelt. Da gibt es auch einen Mechanismus, wie dieser berechnet wird. Hier musste man mit Annahmen arbeiten, schlussendlich wird die Teuerungsberechnung von Oktober bis Oktober berechnet und gemäss Personal- und Besoldungsreglement entsprechend auch ausgerichtet.

GR Schulthess: Das heisst, wenn die Teuerung im Moment zum Beispiel bei 1.8 % liegt – im Moment ist sie unter 2 % –, dann würde entsprechend der Teuerungsausgleich auch in einer doch wichtigen Position in diesem Budget niedriger sein?

STP Niederberger: Das ist richtig. Die effektive Teuerung wird berechnet.

Seite 13, Eigenkapitalnachweis, 2900.90 Parkplatzbewirtschaftung

STP Niederberger: Hier möchte ich darauf hinweisen, dass die Nummer und der Text ändern, und zwar aufgrund des neuen Parkierungsreglements, welches der Gemeinderat verabschiedet hat. Deshalb wird diese Linie neu 2900.91 mit der Bezeichnung Parkieren auf öffentlichem Grund heissen. Das ergibt sich aus Art. 21 des neuen Parkierungsreglements. Die Beträge bleiben gleich, es geht nur um die Bezeichnung und die Nummer, die ändern werden.

Beilage A – Einzelnachweis Erfolgsrechnung

Seite 3; 0221 Präsidium, 0221.3010.00 Besoldungen

GR Salzmann: Der Stadtrat beantragt eine neue Stelle mit dem Namen Projektleiter Stadtentwicklung 80 %. Erst einmal besten Dank an den Stadtrat für die schriftlichen Erläuterungen, was unter diesem Begriff zu verstehen ist. Der Bürger hat heute vielfältige Möglichkeiten, sich bei der Stadt zu engagieren und der Stadt mitzuteilen, was ihm unter den Nägeln brennt. Ich nehme die Stadtverwaltung immer

als Dienstleister wahr, der Mails beantwortet und den man auch anrufen kann. Man hat das Recht, Initiativen und Referenden einzureichen, auch Petitionen. Man kann Gemeinderäte wählen oder abwählen, Stadträte wählen oder abwählen. Es gibt Quartiervereine für Quartieranliegen, das Sportnetz für sportliche Anliegen, den Kultursee für kulturelle Anliegen. Es gibt diverse Verbände für ihre Anliegen, es gibt den Ausländerbeirat, es gibt diverse stadträtliche Kommissionen, teilweise mit eigener Entscheidungsbefugnis, sodass dem Bürger fachlich, kompetent und schnell geholfen werden kann. Bei Volksabstimmungen organisiert der Stadtrat Informationsveranstaltungen, es gibt städtische Stände bei Gewerbeausstellungen, den Neuzuzügeranlass, die Jungbürgerfeier und so weiter und so fort. Kurzum: Viele Wege führen nach Rom und der Bürger kann sich in vielfältiger Art und Weise heute bei der Stadt engagieren. Das politische Engagement ist – nach der Stimmbeteiligung gemessen – meiner Meinung nach noch ein bisschen ausbaufähig, aber auch sich nicht zu engagieren ist ein Recht von jedem einzelnen. Nun also die neue Stelle Projektleiter Stadtentwicklung 80 %: Es sollen weitere Möglichkeiten geschaffen werden, wie der Bürger sich mitteilen kann. Und da hat der Stadtrat es ehrlich gemacht, indem er ankündigt, dass er in etwa zwei Jahren dem Bürger von seinem Hartverdiensten mehr wegnehmen möchte. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Braucht es diese Stelle wirklich? Ist diese notwendig? Läuft in dieser Stadt irgendetwas nicht gut, weil wir diese Stelle nicht haben? Ich spreche nicht von einer Stelle wie beispielsweise beim Einwohneramt. Wenn ich dort meine notwendigen Dokumente nicht erhalte und ewig warten muss, bis ich am Schalter bedient werde, dann geht das nicht. Das berührt den Kernauftrag einer Stadtverwaltung. Aber diese Stelle betreffend Stadtentwicklung? Im Zuge der vom Stadtrat im Finanzplan angekündigten bevorstehenden Steuerfusserhöhung müssen vielleicht auch wir im Gemeinderat unsere Spenderhose, die wir in letzter Zeit häufiger gezeigt haben, ein bisschen zurücknehmen. Zuerst müssen wir dem Volk beweisen, dass wir sparsam sind und dann können wir den Bürger höflich bitten, ein bisschen mehr zu bezahlen. Diese Stelle steht da konträr dazu. Daher beantrage ich die ersatzlose Streichung dieser neuen Stelle.

GR Dufner: Namens der FRK stelle ich den Befristungsantrag bezüglich dieser 80 %-Stelle Stadtentwicklung auf 5 Jahre.

STP Niederberger: Wir wissen alle, Kreuzlingen wird sich entwickeln, Kreuzlingen wird neue Bürgerinnen und Bürger bekommen, unsere Stadt entwickelt sich, sie pulsiert. Wir sind eine der Städte, die sich am meisten entwickelt, wie der ganze Kanton Thurgau auch. Unsere Stadt hat auch besondere Merkmale. Wir können zum Beispiel den Ausländeranteil von 57 % nehmen. Wie kann man Menschen, die nicht abstimmen können, besser in den Prozess miteinbeziehen? Man spricht immer von der Identifikation mit der Stadt. Wir haben auch Aufgaben wie zum Beispiel das UNICEF-Label, welches ganz klar auch eine Partizipation verlangt im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Wir haben Stadt für alle, wo wir auch gesehen haben, dass wir im Bereich der Mitbestimmung etwas machen müssen. Wir wollen diese Stadt so entwickeln, dass alle Bevölkerungsgruppen sich mitbeteiligen können oder sagen können, wie sich unsere Stadt entwickeln soll. Das ist eben nicht nur eine Stelle, die am Schluss, wenn wir kurz vor der Abstimmung sind, das der Bevölkerung verkauft. Es sind weiterhin wir, die das machen müssen. Wenn man den Ablauf eines Projekts anschaut, erteilt der Stadtrat oder der Gemeinderat der Verwaltung einen Auftrag für ein Projekt oder eine Aufgabe. Dann wird da gearbeitet, gearbeitet, gearbeitet. Irgendwann kommt es wieder in den Stadtrat oder in den Gemeinderat und allenfalls zum Volk. Die Person, die hier arbeitet, soll eben schon von Anfang an mit der Verwaltung zusammen an diesem Projekt die Leute mitnehmen, seien das die Jugendlichen oder seien das die älteren Leute. So wollen wir die Menschen mitnehmen. Schlussendlich ist schon das Ziel, dass wir eine Abstimmung gewinnen, aber das ist vielleicht auch in den Medien ein bisschen falsch übergekommen, dass diese Stelle nur dafür da ist, dass man Abstimmungen gewinnt. Das ist nicht der Fall. Das Ziel ist, dass diese Person in der Projektbearbeitung mit einem partizipativen Prozess arbeiten kann. Da reicht es nicht, wenn man nur E-Partizipation macht. Auf dem Internet haben wir den Ernst-Bärtschi-Platz ausgeschrieben. Das ist sicher etwas, was man mit dem E-Partizipationsverfahren machen kann. Aber auch das muss gepflegt werden. Man kann das nicht einfach ins Internet stellen und zwei Monate später den Computer einschalten, auf den Knopf drücken und dann gibt es ein Ergebnis. Das muss auch gepflegt werden. Da wird vielleicht auch irgendein Mist hineingeschrieben, was man dann wieder korrigieren muss. Aber Partizipation geht nicht nur digital. Partizipation geht mit Workshops oder mit einem World-

Coffee. Wie soll sich dieser Platz und wie soll sich unser Quartier entwickeln? Hier sehen wir den Vorteil dieser Stelle und dieser Aufgabe und sehen auch, dass das für unsere Stadt ein grosser Gewinn wäre für die Aufgaben, die auf uns zukommen.

GR Schulthess: Sind wir ehrlich, diese Stadt ist nicht wahnsinnig erfolgreich bei der Partizipation ihrer Bürgerinnen und Bürger. Man hat doch ein bisschen Mühe, wenn man sieht, wie Abstimmungsergebnisse herauskommen und wie die vorbereitenden, partizipativen Themen stattfinden. Beispiel Löwenstrasse: Man fragt immer dieselben, ein paar ausgesuchte Leute, Pro Velo, so ein bisschen Inzucht und nennt das dann Partizipation und erhält dann vor dem Volk einen Denkmalszettel. Ich denke, da müsste man einmal über die Bücher und schauen, ob man in dieser Stadt nicht sowieso einen grossen Teil der Bevölkerung per se ausschliesst. Da nützt eine Propagandastelle, und nichts anderes ist das, auch nichts. Ergänzt ist das noch durch die Kreuzlinger Nachrichten, die sich scheut, kritische Leserbriefe und kritische Themen abzudrucken, sondern hier, weil im Sold der Stadt, auch noch Partizipation verhindert. Da fehlt mir leider auch der Rest von Goodwill für diese Stelle.

STP Niederberger: Ich möchte mich bei GR Schulthess ganz herzlich für diesen Steilpass bedanken. Genau bei der Löwenstrasse hatte man diese Partizipation eben nicht so, wie man sie haben sollte. Genau deshalb brauchen wir sie, damit wir nicht immer die gleichen Personen fragen, sondern dass wir dort einen professionellen Prozess machen können, um herauszufinden, wie sich diese Strasse entwickeln soll.

GR Schulthess: Seid ihr sicher, dass ihr, nur weil ihr eine Stelle schafft, die Leute breiter einbindet? Denn wenn ihr immer wieder die gleichen Leute fragt, was sie zum Thema meinen und ihr eine Stelle schafft, die wieder die gleichen Leute fragt, dann kommt wieder das gleiche Ergebnis heraus. Das haben wir bei der Romanshornstrasse herausgefunden, das haben wir bei der Löwenstrasse herausgefunden, das kann man gern woanders auch noch einmal herausfinden. Man müsste sich vielleicht überlegen, einen Schritt zurückzugehen und zu sagen, wir wollen wirklich alle einbinden. Dann müsste man aber auch die Unangenehmen einbinden. Oder wollen wir eine weitere Stelle machen, die wieder die gleichen Leute fragt? Das gibt es alles schon.

STP Niederberger: Selbstverständlich wollen wir nicht von den gleichen Leuten sprechen. Selbstverständlich nicht. Der Kreis soll selbstverständlich grösser werden. Ich möchte einfach daran erinnern, dass wir zwei wirklich interessante partizipative Prozesse hatten, einerseits Stadt für alle im Dreispitz mit 120-150 Leuten aus allen Gruppierungen und Schichten, die dabei waren und aktiv mitgedacht haben, und die Zukunftskonferenz, die wir im Juni in der Bodensee-Arena hatten, auch mit fremden Leuten, mit vielen Leuten, die ich noch nie gesehen habe. Das sind gute Beispiele, und da wollen wir ansetzen und weiterführen.

Abstimmung

Der Antrag der FRK (Befristung der Stelle auf 5 Jahre) wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Abstimmung

Der Antrag von GR Salzmann (Streichung der Stelle) wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 4, 0221 Präsidium, 0221.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, etc.

GR Dufner: In diesem Betrag von CHF 104'700 sind CHF 90'000 für die Überprüfung Lohnsystem integriert. Namens der FRK stelle ich den Antrag auf Kürzung um 50 % auf neu CHF 45'000. Der Antrag wurde in der FRK mit 7 Ja gegen 2 Nein beschlossen.

STP Niederberger: Zuerst muss ich mich entschuldigen für den ungenauen Text in den Erläuterungen. Wir haben Überprüfung Lohnsystem geschrieben. Dass der Gemeinderat der Meinung ist, dass CHF 90'000 zu viel ist für die Überprüfung eines Lohnsystems, ist absolut korrekt. Daher kann ich verstehen, dass diese Diskussionen aufgekommen sind. Ich kann aber Entwarnung geben. Eigentlich hätten wir schreiben sollen Überprüfung und Umsetzung oder Realisierung neues Lohnsystem. Wir haben heute ein wahnsinnig kompliziertes und komplexes Lohnsystem. Es gibt langjährige Mitarbeitende, die das Lohnsystem heute noch nicht verstehen. Das liegt aber nicht an der Person selbst, sondern das liegt wirklich am System. Das System ist praktisch eine Einzelanfertigung, welche damals für die Städte Frauenfeld und Kreuzlingen gemacht wurde. Es ist ein Computerprogramm namens IPS hinterlegt, bei dem wir schlichtweg nicht wissen, wie lange dieses überhaupt noch gewartet wird. Wenn es nicht mehr gewartet wird, fällt das ganze Kartenhaus zusammen. Das hat uns dazu veranlasst, dass wir hier etwas ändern müssen. Ihr könnt euch nicht vorstellen, wie viel Zeit und Ressourcen das frisst, dass wir Ende Jahr im Stadtrat die Lohnsummen festlegen können. Wir brauchen hier unbedingt eine Vereinfachung. Wir haben deshalb mit der Firma BDO, die auch unsere externe Revisionsstelle ist, gesprochen. Man muss wissen, die BDO ist ein ganz grosser Betrieb mit ganz vielen Fachrichtungen. Die Abteilung, mit der wir hier dran sind, hat überhaupt nichts zu tun mit der externen Kontrollstelle. Es sind also andere Leute. Im Stadtrat haben wir beschlossen, in einem ersten Schritt eine Überprüfung zu machen. Diese Überprüfung haben wir im Stadtrat bereits bewilligt. Dafür haben wir einen Nachtragskredit von CHF 20'000 bewilligt. In diesem Prozess sind wir jetzt drin. Wir hatten bereits ein Kick-off. Am 15. November werden wir mit Mitarbeitenden – Partizipation – ein erstes Gespräch in Form einer Auslegerordnung über das heutige System führen mit dem Ziel, diese Überprüfung im Januar oder Februar 2024 abzuschliessen. Aus diesen Überprüfungen können dann Empfehlungen resultieren. Danach soll der nächste Prozess, der Umsetzungsprozess stattfinden. Ich habe extra die Offerte hervorgehoben. Aus der Überprüfung des Gehaltssystems werden Handlungsfelder erkannt und Handlungsempfehlungen formuliert. Dann geht man in die nächste Phase. Wie gewünscht finden Sie hierunter eine Preisbandbreite für die Umsetzung der Empfehlungen. Das sind eben diese CHF 90'000, die den Teil betreffen, dass wir die ganzen Funktionsbewertungen überarbeiten. Wir müssen die Stellenbeschreibung überarbeiten, wir müssen ein Lohnsystem entwickeln. Wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, ist die ganze interne Realisierung abgeschlossen. Dann geht es noch darum, dies in unser System Abacus einzubinden. Aber in diesem CHF 90'000 ist die Umsetzung vorgesehen. Wir haben auch noch die alten Akten hervorgeholt. 2003 gab der Gemeinderat für das aktuelle Lohnsystem die Kosten von CHF 165'000 frei, davon CHF 80'000 externe Projektbegleitung. Was jetzt die CHF 90'000 sind, waren damals CHF 80'000, die weiteren Punkte waren Anschaffung der EDV, Schulung usw. Wir gehen davon aus, dass wir das System dann in unser bestehendes Abacus Lohnsystem einbauen können. Ich hoffe, dass ich mit diesen Ausführungen etwas zur Entwirrung beitragen konnte und bitte den Gemeinderat, uns diesen Kredit zu bewilligen, damit wir das an die Hand nehmen können und für die Zukunft ein einfaches System bekommen, welches für die Effizienz innerhalb der Verwaltung von Vorteil sein wird.

GR Schulthess: Was jetzt? Wollen wir es ablösen, weil es zu kompliziert ist oder wollen wir es ablösen, weil die Lizenz nicht mehr unterstützt wird oder die Software nicht mehr unterstützt? Beide Sachen haben ein bisschen einen Beigeschmack. Wir hatten das im Gemeinderat auf dem Tisch, ich kann mich erinnern, so lange ist das nicht her. Das war euer System, welches ihr uns vorgeschlagen habt. Wir haben es abgenickt, es hat schon damals ziemlich viel Geld gekostet, jetzt sollte man es ein bisschen betreiben. Das zweite ist, es wirft einmal mehr ein Schlaglicht auf ein konzeptloses IT-Vorgehen in dieser Stadt. Man macht mal dies, mal jenes, einfach immer ein bisschen Software beschaffen, welche dann aber doch nicht so recht hineinpasst. Ich stelle den zusätzlichen Antrag, diese Position komplett zu streichen.

GR Hummel: Ich komme immer noch nicht ganz draus. Ist denn bei der Überprüfung des Lohnsystems auch dabei, dass man die Bewertungskriterien überprüft? Es kann sein, dass man einmal die belohnt,

wo ganz wenige Leute ganz viel Arbeit leisten können statt die, die viele Leute haben. Wenn das so ist, würde es mich noch interessieren, wie der Gemeinderat daran partizipieren kann.

STP Niederberger: Selbstverständlich wird das Bewertungssystem auch überarbeitet, das soll auch neu gestaltet werden, sodass diese Komponenten ebenfalls miteinfließen können. Ja, das ist so geplant. Zu GR Schulthess: Wir haben jetzt dieses System. Ich war nicht hier, als dieses System eingeführt wurde. Das ist eine Software, die für Frauenfeld und Kreuzlingen extra hergestellt wurde. Momentan läuft sie noch, es ist noch jemand da, der diese Software pflegt. Aber wie lange das noch so ist, weiss ich nicht. Deshalb muss ich jetzt reagieren. Jetzt reagiere ich, weil wir ein professionelles Produkt von Abacus haben und dass dort einbinden können. Dann haben wir ein Standardprodukt und nicht mehr eine Speziallösung für die Stadt Kreuzlingen, wo wir das weiterführen und pflegen können.

GR Dufner: Ich habe noch die Frage nach der Partizipation des Gemeinderats gehört. Dazu würde ich gern zuhänden des Protokolls eine Antwort vom Stadtrat hören.

STP Niederberger: Selbstverständlich machen wir das gern. Wir sind bereit, die zuständige gemeinderätliche Kommission auf dem Laufenden zu halten. Ich schlage vor, wenn der erste Schritt, also die Überprüfung abgeschlossen ist, dass wir das in der GPK präsentieren und dort die weiteren Schritte aufzeigen, weil das Ganze schlussendlich auch in eine Reglementänderung münden wird. Wir werden das Personal- und Besoldungsreglement anpacken müssen, was wir schon lange vorhaben. Wir bearbeiten das parallel und werden das Personal- und Besoldungsreglement in den zuständigen Kommissionen und im Gemeinderat beraten.

GR Brändli: Wenn ich das richtig verstehe, ist mit diesen CHF 90'000 nicht Ende der Fahnenstange. Da entstehen später noch Folgekosten wie Lizenzen etc?

STP Niederberger: Diese Offerten haben wir noch nicht. Zuerst müssen wir wissen, in welche Richtung wir gehen. Aber wir haben ein System Abacus und dieses System kann ganz viele Sachen. Und der Finanzchef hat das System schon einmal angeschaut, was die Bewertungen betrifft oder wie die Bewertungen ins System einfließen. Wie wir es einschätzen, kann man das relativ einfach realisieren. Es ist wahrscheinlich dann noch mit gewissen Kosten verbunden. Aber weil es eine Standardlösung ist und nicht eine Speziallösung für die Stadt Kreuzlingen, rechnen wir damit, dass diese Kosten sich im Rahmen halten.

GR Wolfender: Bisher geht es um CHF 90'000, die im Budget 2024 sind plus die CHF 22'000, die der Stadtrat bereits beschlossen hat. Das Projekt hat auch mit der Mitarbeiterbeurteilung zu tun. Gehe ich richtig in der Annahme, dass ihr das alles extern vergibt und ihr die Mitarbeiterbeurteilung auch von extern übernehmt und dass das nicht ein interner Prozess ist, was ich sehr befürworten würde, dass man mit den einzelnen Abteilungen spricht und abklärt, was bewertet werden muss. Ist eine Bewertung, die lohnwirksam ist, wirklich noch opportun? Viele Firmen haben das wieder abgeschafft meine zum Beispiel auch. Ich finde das viel entspannter. Man kann Mitarbeiterbeurteilungen auch viel kritischer machen, ohne zu befürchten, dass er eine Lohnstufe herunterfällt. Ein weiterer Punkt für mich ist, es gibt einfache Lösungen, welche ich selbst auch kenne, die ebenfalls intern entwickelt werden können. Da wären mir interne Ressourcen, die man dafür freimachen würde, viel lieber, als dass man extern von einer Firma irgendetwas einkauft, was dann vielleicht gar nicht so passgenau ist.

STP Niederberger: Selbstverständlich ist der ganze Bewertungsprozess hier auch dabei. Den Bewertungsprozess machen wir selbst. Deshalb habe ich gesagt, im Prozess, in dem wir jetzt sind, beziehen wir die Mitarbeitenden auch mit ein. Früher hatte die Stadt Kreuzlingen eine Gewerkschaft mit dem Namen Personalverband. Der Personalverband hat sich vor ein paar Jahren aufgelöst, weil er keine Themen mehr hatte. Wenn dieser Personalverband jetzt noch bestehen würde, würde man mit den Personalverband sprechen. Deshalb haben wir gesagt, wir sprechen mit den Leuten. Am 15. November haben wir einen ersten Workshop. Wir haben aus allen Abteilungen, Büro, Werkhof, Energie Kreuzlingen Leute unten im Graben möglichst unterschiedliche Personen ausgewählt, welche in diesem Prozess dabei sind und ihre Inputs einbringen können. Selbstverständlich erarbeiten wir die Modelle dann miteinander und machen diese Gespräche. Es ist bei uns Standard, dass wir die Mitarbeitergespräche mit jeder Person machen, das soll auch weiterhin so erfolgen.

GR Brändli: Wir haben einen Antrag auf Halbierung von CHF 90'000 auf CHF 45'000. Ich habe vom Stadtrat noch nichts dazugehört, ob er denn mit diesem Betrag überhaupt etwas anfangen kann. Die andere Lösung ist, ihr arbeitet einfach ehrenamtlich, dann können wir alles zur Seite legen.

STP Niederberger: Wir haben eine Offerte in der Höhe von CHF 85'000, inkl. Reserven kommen wir auf CHF 90'000. Wenn wir den Prozess so professionell machen wollen, brauchen wir diese CHF 90'000. Sollte der Betrag reduziert werden, würde das bedeuten, dass wir einzelne Sachen nicht machen könnten oder das Ganze auf zwei Jahre verschieben und vielleicht nächstes Jahr mit einem neuen Antrag kommen müssten. Ich weiss es nicht. Aber wenn wir den Prozess, die Umsetzung so machen wollen, wie wir es jetzt geplant haben und den auch rasch machen wollen, bitte ich darum, dass wir den vollen Betrag bekommen, damit wir das Projekt an die Hand nehmen können. Ich möchte noch einmal betonen, wenn wir das gut umsetzen können, bin ich überzeugt, dass das eine gute Lösung gibt. Damit wird es dann für alle einfacher sein und HR und Finanzen, also alle, die mit diesem Thema betraut sind, können dann effizienter arbeiten und haben mehr Zeit für andere Arbeiten.

GR Schulthess: Nur kurz abschliessend als Ergänzung, weil der Stadtpräsident die Fragen nur teilweise beantwortet hat. Das ist Presales, das sind Projektdefinitionen, das ist nicht das Projekt. Auf dieses Projekt folgen sechsstellige Beträge Lizenzkosten und ein sechsstelliger Betrag Dienstleistungskosten. Das muss man einfach wissen. Das ist nur das, was voraus läuft. Ich lasse mich gern korrigieren, wenn es anders ist, aber das sind nicht Lizenzkosten und das ist nicht das Projekt, sondern nur die vorlaufende Beratung.

GR Dal Dosso: Das bestehende System muss abgelöst werden. Was macht denn Frauenfeld? Rein nur aus Neugier.

STP Niederberger: Frauenfeld macht sich genau die gleichen Gedanken. Die sind in der gleichen Situation wie wir, sie sind aber noch ein bisschen hinter uns. Sie haben den Prozess später aufgenommen, wir sind hier ein bisschen weiter.

GR Brändli: Ich komme immer noch nicht richtig draus, ich bin unsicher. Wir haben zu wenig Informationen. Ich neige dazu, einen Antrag zu stellen, dass man dazu eine Botschaft bringt, damit wir es in der vorberatenden Kommission anschauen können. Die Dringlichkeit ist wohl hier, aber vielleicht muss man auch einmal etwas warten. Mit all den Folgekosten etc. Besteht hier schon ein grosses Fragezeichen. Wir wollen jetzt auch nicht CHF 45'000 sprechen, womit ihr dann gar nicht das machen könnt, was ihr wollt, das gibt auch wieder Folgekosten. Auch wenn wir auf null gehen, entstehen Folgekosten, das wissen wir auch. Dann nehmen wir es doch lieber zurück, machen *3), eine Botschaft, und können es in der vorberatenden Kommission anschauen, auch mit all den Folgekosten, die ich da von links und rechts, oben und unten gehört habe. Deshalb stelle ich den Antrag auf *3) und eine Botschaft, dann können wir das selber lösen. Es sollte auch wieder etwas sein, was nicht nur zwei oder drei Jahre halten muss, sondern es sollte wirklich die nächsten 15 oder 20 Jahre oder noch länger halten. Deshalb mein Antrag auf *3) und eine Botschaft.

Der Ratspräsident: Ich würde sagen, zuerst bestimmen wir, über was wir überhaupt eine Botschaft machen, den Antrag würde ich vielleicht dann bringen. Zuerst müssen wir wissen, ob wir über CHF 45'000 oder CHF 90'000 oder über gar nichts eine Botschaft machen.

Abstimmung

Der Antrag der FRK (Reduktion von CHF 90'000 auf CHF 45'000) wird mit 5 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess (Streichung der CHF 90'000) wird mit 3 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen abgelehnt.

STP Niederberger: Ich bitte Sie aus verwaltungsökonomischen Gründen, diesen Antrag abzulehnen. Selbstverständlich werden wir in der GPK über die nächsten Schritte informieren. Aus Effizienzgründen sind wir der Meinung, dass wir jetzt mit diesem Projekt starten sollten.

Abstimmung

Der Antrag von GR Brändli (*3) und Botschaft) wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

STP Niederberger: Der Finanzchef hat einen absolut richtigen Einwand gemacht. *3) gibt es in der Erfolgsrechnung gar nicht.

Der Ratspräsident: Es gibt eine Botschaft, darüber wurde gerade abgestimmt. Die Gemeindeordnung sagt dazu nichts. Aus demokratischen Gründen würde ich sagen, wir behalten das so bei, dass es eine Botschaft gibt. Es wurde demokratisch abgestimmt, wir machen eine Botschaft und klären das für nächstes Mal.

GR R. Herzog: Wir haben nirgends ein *3), nur bei den Investitionen.

Der Ratspräsident: Den Antrag kann man trotzdem stellen. GR Brändli hat den Antrag auf eine Botschaft gestellt. Ich bin der Meinung, der Antrag auf eine Botschaft ist möglich.

GR R. Herzog: Sehr unüblich beziehungsweise nicht vorgesehen.

Der Ratspräsident: Ich bin der Meinung, man kann über alles eine Botschaft bringen. Es wurde darüber abgestimmt, und ich bin der Meinung, wir bringen nun eine Botschaft darüber. Aber wir klären das im Büro gern ab, wie das ist. Ich bin sicher, in der Geschäftsordnung und in der Gemeindeordnung finden wir darüber noch nichts.

Seite 7/Seite 8, 0225 Informatik, 0225.4910.30 Interne Verrechnung Informatik

GR Schulthess: In diesem Konto sieht man das Gesamtvolumen der Informatikausgaben von CHF 2.3 Mio. Damit wir uns nicht mit Details langweilen müssen, würde ich zum Beispiel unter Ankreidung dass wir die Kostensteigerung für Microsoft 365 von CHF 84'000 auf CHF 110'000 haben - dies bei ganz schwachen Leistungen der Firma Microsoft, diese Cloud war nämlich komplett offen und all eure Daten im Internet - den Antrag stellen, das Informatikbudget als Gesamtes von CHF 2.3 Mio. auf CHF 2 Mio. zu kürzen. Damit wir nicht den Abend verlängern müssen aufgrund von Detailkosten, sondern eine Art Globalbudgetcharakter. 0225.4910.30 Antrag Deckelung der Informatikverrechnung auf CHF 2 Mio.

STP Niederberger: Erst einmal wegen den Lizenzen: Das sind Microsoft 365 Lizenzen. Diese sind erhöht, weil natürlich zusätzliche Arbeitsplätze, zusätzliche Benutzer da sind. Dann ist es auch so, dass bei Microsoft 365 verschiedene Zusatztools dabei sind. GR Schulthess hat eine umfangreiche schriftliche Anfrage gestellt zu diesen Themen, die er vorhin erwähnt hat. Diese werden wir im Rahmen der Beantwortung klären. Wenn man das Informatikbudget streicht, können wir dann nicht einmal mehr die Botschaft schreiben für die CHF 90'000.

GR Hummel: Wir haben im Rahmen unserer Revisionstätigkeit das einmal genau angeschaut. Jede Lizenz ist dokumentiert, in welchem Büro diese gebraucht wird usw. Diese Aufstellung macht Herr Knupp und aufgrund dieser Aufstellung werden die verschiedenen Posten ins Budget eingestellt. Deshalb bitte ich, dem Antrag von GR Schulthess nicht zu folgen.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess (Deckelung der Informatikkosten auf CHF 2 Mio.) wird mit 1 Ja-Stimme gegen 36 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 21, 3120 Denkmalpflege und Heimatschutz, 3120.3132.00 Abklärungen NHG (externe Beratung, Fachexperten)

GR Schulthess: Mich würde interessieren, was die geänderte Praxis des Natur- und Heimatschutzes resp. der Denkmalpflege ist, welche eine so hohe Kostenentwicklung nach sich zieht. Spätestens die Wörter externe Beratung und Fachexperten lassen da doch gewisse Glocken klingeln. Insgesamt ist für die Denkmalpflege sowieso nicht sehr viel Goodwill vorhanden. Sie ist vor allem unterwegs, um Eigentümer bei ihren Bauvorhaben zu behindern, aus meiner persönlichen Ansicht nicht immer mit Vernunft untermalt. Frage an den Stadtrat: Was bedeutet geänderte Praxis Amt für Denkmalpflege? Aus meiner Sicht ist das immer noch so schlecht wie immer. Was machen diese Fachexperten?

SR Zülle: Ich kann es nicht im Detail sagen, ich kann einfach sagen, was der Kanton und die Denkmalpflege jetzt neu machen. Sie fokussieren jetzt auf die Projekte, welche kantonal und schweizerisch denkmalpflegerisch geschützt werden sollen. Das heisst bei wertvollen Objekten wollen sie beratend sein oder sie zumindest beurteilen. Andere Geschichten wie zum Beispiel der Ensemble-Schutz sind dann Sachen, die die Gemeinde selbst beurteilen soll. Das wurde jetzt also ein bisschen auf die Gemeinden und die Städte verlagert. Das hat damit zu tun, dass, wie du ebenfalls gesagt hast, grosse Kritik vorhanden ist. Daher haben sie ihre Strategie jetzt ein bisschen geändert, indem sie viel mehr den Gemeinden und Städten überlassen. Das kostet für uns mehr, weil wir das vielleicht mit Fachexperten machen müssen. Wir haben CHF 25'000 drin, das sieht man Abklärung Ensemble-Schutz. Der Stadtrat hat eine Planungszone über fünf verschiedene Teilgebiete erlassen, diese ist wirksam. Das heisst, wo ähnliche Häuser sind, welche gewisse Zeitzeugen sind (Schulstrasse, Romanshorne Strasse etc) gibt es Gebäude, die in den nächsten zwei Jahren überprüft werden, ob ein Ensemble-Schutz gegeben ist oder nicht. Darüber haben wir eine Veranstaltung gemacht. Das muss man mit Fachexperten machen. Bei CHF 25'000 ist sehr viel Eigenleistung enthalten. Das heisst, wir machen sehr viel selbst, weil wir sehr gute Experten bei uns haben. Wir können aber nicht alles selbst machen, daher braucht es dafür noch ein paar Franken mehr. Ich hoffe, ich habe das richtig wiedergegeben, diese Informationen sind das, was vom Kanton gekommen ist.

GR Schulthess: Für mich gibt es hier keine entsprechende Grundlage. Dass man, was unbeliebt ist, auf Gemeindeebene herunterdrückt, ist eigentlich ein klassischer Fall. Der Kanton bestimmt, er hat die Behörde und die Kosten werden auf die Gemeinden verteilt. Das wäre für mich auch ein schönes Beispiel dafür, dass man in diesem Budget nicht sehr viel Sparbemühungen hat. Ich stelle den Antrag, den Posten auf null zu setzen.

SR Zülle: Vielleicht eine Korrektur: Nicht die Denkmalpflege bestimmt, sondern der Stadtrat bestimmt. Es ist nicht ganz richtig, was gerade gesagt wurde. Wir bestimmen, was schützenswert ist. Die Denkmalpflege gibt nur die nötige Fachkompetenz dazu. Bei einem Rechtsverfahren ist die Meinung der Denkmalpflege sehr wichtig, das ist klar. Und meistens obsiegt man dann, wenn die Denkmalpflege gleicher Meinung ist. Aber der Stadtrat bestimmt in erster Instanz, welche Häuser in der Stadt Kreuzlingen unter Schutz stehen und welche nicht.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess (Streichung der CHF 25'000) wird mit 35 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 37, 5350 Leistungen an das Alter, 5350.3010.00 Besoldungen

GR Dufner: Ich habe von der FRK den Auftrag bekommen, den Streichungsantrag für die Verlängerung der 80 %-Stelle (Altersstelle) bis 31. Dezember 2024 zu stellen, was ich hiermit tue.

Der Ratspräsident: GR Salzmann befindet sich im Ausstand. Dies bedeutet stimmberechtigt sind noch 36 (Absolutes Mehr 19).

GR R. Herzog: Die SP/GEW/JUSO-Fraktion hat sich mit dem vorliegenden Streichungsantrag intensiv beschäftigt und diverse Gespräche geführt. Ich möchte meine folgenden Ausführungen im Wesentlichen in drei Punkte unterteilen. Welche Aufgaben der Staat oder in unserem Zusammenhang konkret die Stadt erfüllen soll und was eher einzelnen oder anderen Institutionen überlassen werden soll, darüber besteht bekanntermassen politisch wenig Konsens, was auch okay ist. Was hier in dieser Debatte aber passiert, ist eigentlich etwas anderes. Es wird mit diesem Streichungsantrag nicht in erster Linie so argumentiert, dass das Betreiben einer Altersfachstelle keine staatliche Aufgabe sei, sondern offensichtlich geht es darum, dass die detaillierten Ausführungen, Erläuterungen und Antworten vom Departement in Zweifel gezogen werden. Die Integrität des Departements und der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und dem Departements-Chef wird infrage gestellt. Es fehlt das Vertrauen. Dagegen wehrt sich unsere Fraktion dezidiert. Wir müssen uns fragen, was denn die Motivation des Departements sein soll, wie es ausgedrückt wurde, diese Aufgabe an sich zu reissen, wenn sie doch schon von jemand anderem erfüllt werde. Das macht doch keinen Sinn und ist in keiner Art und Weise plausibel. Wir sind überzeugt, dass das Departement keinen Stellenantrag gestellt hätte, wenn sie

wüssten oder wenn es so wäre, dass die betroffenen Aufgaben von jemand anderem erfüllt würden. Ich denke, dass das Departement in den letzten Jahren immer wieder gezeigt hat, dass es mit den öffentlichen Mitteln haushälterisch umgeht und sich bemüht, nur das auszugeben, was gesetzlich auch vorgegeben ist und nötig ist. Der Kanton mit dem SVP-Regierungsrat Urs Martin hat erkannt, dass die Unterstützung von älteren Bewohnerinnen und Bewohnern des Kantons und damit auch der Stadt Kreuzlingen eine öffentliche Aufgabe ist, und zwar eine mit steigender Bedeutung. Ein Blick auf die demografische Entwicklung der nächsten Jahre und Jahrzehnte ist diesbezüglich ziemlich alarmierend. Nun könnte man zum Schluss kommen, dass die kürzlich geschaffene KFA-Stelle des Kantons diese Aufgaben übernehmen werde oder bereits übernommen habe. Das ist ein klarer Trugschluss. Das wird auch von Departement in sämtlichen uns vorliegenden Dokumenten klar so belegt. Eine Teilzeitstelle, davon sprechen wir bei dieser kantonalen Stelle, welche diese Aufgaben für den ganzen Bezirk übernehmen soll, kann das unmöglich leisten, was eine Kreuzlinger Altersfachstelle leistet. Nach eigenen Aussagen des zuständigen Leiters der kantonalen Stelle, nachzulesen im vorliegenden Protokoll des Gesprächs vom 31. August 2023 und zwischenzeitlich von Herrn Anderegg auch nochmals bestätigt, kann seine Stelle lediglich in Ausnahmefällen eine eigentliche Fallführung übernehmen. Zum Beispiel dann, wenn eine kleine Gemeinde gar nicht über das Know-how und das ausgebildete Personal verfügt, diese Aufgaben selbst übernehmen zu können. Namentlich im Fall der Stadt Kreuzlingen wird die kantonale Fachstelle für Alter immer nur triagieren. Unterstützung suchende Personen werden als an die Stadt weiterverwiesen. Sollte die städtische Altersfachstelle aufgrund des Streichungsantrags ab dem 1. Januar 2024 nicht mehr existieren, würden diese unterstützungsbedürftigen älteren Menschen und ihre Angehörigen, das meine ich nicht primär im finanziellen Sinn, zwischen Stuhl und Bank fallen. Wen trifft denn dieser Streichungsantrag eigentlich? Die Stadt oder das Departement? Nein, ganz sicher nicht. Es trifft konkret alte Menschen, welche mit der Situation und Sachen, die auf sie zukommen, überfordert sind, ebenso ihre Angehörigen, welche ebenfalls überfordert sind mit dem, was akut oder auch längerfristig auf sie zukommt und sie in Not bringt, was deshalb eine intensive Betreuung und Beratung und Unterstützung nötig macht. Wollen wir, dass diese Leute das nicht mehr bekommen? Wir meinen klar Nein. Unsere Quintessenz: Eine Altersfachstelle braucht es dringend, sie wird immer dringender, das ist auch vom Kanton anerkannt. Die kantonale Stelle kann im Wesentlichen vor allem triagieren, schon rein aus Kapazitätsgründen. Die manchmal dringende, aber immer wichtige Beratung und Betreuung und Begleitung kann nur eine städtische Altersfachstelle gewährleisten. Wir wollen, dass auch weiterhin hilfe- und ratsuchende Bewohnerinnen und Bewohner von Kreuzlingen in der und auf der Stadt die nötige Unterstützung bekommen und auf diese Altersfachstelle zählen können. Sie brauchen es und sie verdienen es. Ich komme zum Schluss und unserem Antrag. Im Rahmen der Budgetierung hat das Departement vorsichtig eine befristete Verlängerung der Stelle beantragt, weil zum Zeitpunkt der Budgetierung einige Sachen noch unklar waren – der Kommissionspräsident hat es in seinem Rückblick auch erläutert –, insbesondere zu den genauen Aufgaben und zur Funktionsweise der kantonalen Stelle. Diese Fragen sind aber in der Zwischenzeit geklärt, spätestens seit dem 31. August 2023 und auch entsprechend protokolliert. Aus unserer Sicht macht daher eine Befristung dieser Stelle eigentlich keinen Sinn mehr. Deshalb stellen wir den Antrag, die städtische Altersfachstelle definitiv in den Stellenetat der Stadt zu überführen, und zwar mit einem Pensum von 60 %. Wir hoffen, dass diese Sicherheit und Ruhe, die so eine feste Stelle bieten kann, viel mehr als eine befristete Stelle es erlauben wird, die wichtigen Aufgaben auch ab dem 1. Januar 2024 weiterhin wahrzunehmen und damit die Leute in Kreuzlingen, die auf so eine Unterstützung, Beratung und Betreuung angewiesen sind, auch weiterhin erhalten.

GR Hummel: Kollege Herzog hat es angesprochen, offenbar fehle da ein bisschen Vertrauen. Das stimmt schon auch. GR Dufner hat es bereits gesagt, als die Stelle damals für drei Jahre beantragt wurde, sagte man nichts dazu, dass es vom Kanton ein Geriatrie- und Demenzkonzept gibt. Dort steht unter anderem etwas anderes drin, als was GR Ruedi Herzog gerade erzählt hat, aber das ist egal. Mit keinem Wort wurde das erwähnt. Damals stand ein Streichungsantrag im Raum, der äusserst knapp ausging. Man wollte uns diese Stelle schmackhaft machen, indem man dem Rat sagte, die Altersumfrage habe ergeben, dass knapp 1000 Menschen diese Stelle wollten. Nicht gesagt wurde aber, dass rund 1'600 Personen diese Stelle nicht wollen. Bei der Beratung des jetzigen Budgets war zum Zeitpunkt

in der ersten Sitzung, die wir in der FRK hatten, ein Schreiben vom Kanton an die Gemeinden vorhanden, dass der Kanton die Caritas beauftragt hat, in den Bezirken Finanz-, Budget- und Schuldenberatungen anzubieten. Bis Ende 2025 soll in jedem Bezirk eine Beratungsstelle entstehen. Diese wird wohl auch in Kreuzlingen sein. Die Kosten werden zwischen dem Kanton und den Gemeinden hälftig geteilt und pro beratenden Kopf an die Gemeinden verrechnet. Da sind zwar nicht explizit die Alten angesprochen, aber selbstverständlich dürfen auch die Alten sich beraten lassen. Dann bezahlt Kreuzlingen nochmals für eine weitere Beratungsstelle und hat daneben noch eine eigene. Vorgestern habe ich am Fernsehen einen Werbespot gesehen, im ersten Moment dachte ich, dieser sei von der Altersstelle Kreuzlingen. Es wurden exakt die gleichen Beratungen angeboten, welche die Altersstelle auch anbietet. Der Spot war von Pro Senectute. Man muss doch eine gut funktionierende Organisation nicht noch zusätzlich konkurrenzieren. Offensichtlich gibt es da einen richtigen Wettbewerb um die Alten. Und wie gesagt, man schafft Stellen, um Bedürfnisse zu wecken. Kollege Herzog hat noch gesagt, er meine nicht die Unterstützung finanzieller Natur, dann meint er halt – ich sage es jetzt ein bisschen salopp – Streicheleinheiten. Wir haben gefragt, was bisher für Leute gekommen sind und mit was für Problemen. Die Streicheleinheiten standen da weit unten, in den allermeisten Fällen ging es um die Finanzen. In Weinfelden hat die Stadt diese Aufgabe an Pro Senectute delegiert und offenbar geht das dort auch. Wir haben genügend Angebote, und es kann nicht sein, dass man gut funktionierende Institutionen konkurrenziert. Das wäre dasselbe, wie wenn man von der Bauverwaltung auch noch Bauarbeiten übernehmen würde und damit das Baugewerbe konkurrenzieren würde. Ich bin zwar alt, aber ich finde nach wie vor, diese Stelle ist völlig überflüssig.

GR Pleuler: Ich habe jetzt eigentlich noch einigermaßen erfreut festgestellt, dass ich wahrscheinlich in der richtigen Partei bin. Zumindest hat meine Partei für mich den richtigen Namen. Ich sitze in der Mitte zwischen euch und bin für beide Anträge von euch nicht zu haben, sondern ich plädiere dafür, dass man diese Stelle so im Budget belässt für ein weiteres Jahr befristet, wie sie drin ist. Und zwar aus folgendem Grund: Ich habe heute überhaupt keine Ahnung, ob es diese Stelle wirklich braucht. Aber man hat einmal beschlossen, dass man das während drei Jahren probieren will, auch wenn das vielleicht für einen anderen Zeitraum war. Aber ich bin der Meinung, eine Stadt sollte nicht mitten im Spiel die Spielregeln ändern. Wenn man sagt, nach drei Jahren werten wir das aus, sollte man das auch so machen, wie man es ursprünglich geplant hat. Dann wäre vielleicht auch eine fundierte Berichterstattung möglich gewesen über diese Stelle, wenn man das im Voraus so hätte aufgleisen können. Natürlich können wir nicht erst bei der nächsten Budgetdebatte über diese Informationen verfügen, das muss viel früher kommen, weil man sich auch frühzeitig ein Bild machen können muss. Aber ich bin der Meinung, man hat von drei Jahren gesprochen. Die Person, die an dieser Stelle arbeitet, hat sich vielleicht auch auf diese drei Jahre eingestellt, deshalb bitte ich, beide gestellten Anträge abzulehnen.

GR Hummel: In der Finanzkommissionssitzung hat man uns gesagt, dass die Arbeitsverträge befristet sind bis zum 31. Dezember 2023.

GR Pleuler: Es ist selbstverständlich klar, dass man diese Stelle auflösen könnte, aber ich finde, eine Stadt macht das nicht, wenn sie von drei Jahren spricht.

GR Leuch: Ich möchte hier einen Änderungsantrag stellen. Auf diese Idee hat mich die SP gebracht mit 60 %. Ich würde meinen, wenn wir dieses Jahr verlängern, könnte man das mit diesen 60 % schon nächstes Jahr ausprobieren. Dann könnte man schauen, ob es funktioniert. Statt unbefristet das Pensum für dieses Jahr auf 60 % reduzieren. Was das finanziell ausmacht, können dann andere sagen.

Der Ratspräsident: Weiss GR Herzog, was das bei diesen 60 % finanziell etwa ausmacht?

GR R. Herzog: Nein, GR Herzog weiss das nicht explizit, da müsste man den Finanzchef fragen, denn das ist ein bisschen kompliziert, weil da auch noch die ganzen Sozialleistungen usw. drin sind.

SR Brüllmann: Man kann den vorliegenden ausführlichen Darstellungen und gemachten Aussagen und auch den jetzigen Aussagen des Departements Soziales und von mir glauben oder eben nicht. Ich erlaube mir, nochmals einige Punkte anzusprechen. Der Bedarf der Altersfachstelle in Kreuzlingen ist ausgewiesen und wird in nächster Zeit deutlich steigen. Wir haben es gehört, die Demografie, die Alterspyramide von Kreuzlingen ist noch ungünstiger als der Durchschnitt im Kanton. Bei uns leben überdurchschnittlich viele ältere Leute und überproportional stark ziehen auch ältere Leute von ausserhalb für ihren dritten oder vierten Lebensabschnitt nach Kreuzlingen. Zusätzlich ist das Ausrollen der

kantonale Fachstelle KFA ein deutlicher Beleg für das Bedürfnis, welches wir hier abdecken. Es gibt keine Überschneidungen der Altersfachstelle Kreuzlingen, die KFA ist eine notwendige und gute Ergänzung. Die KFA betreibt keine Anlaufstelle, das hat mir vergangenen Dienstag Michael Anderegg, Leiter des Roten Kreuzes Kanton Thurgau und auch Chef der KFA, bestätigt. Das generelle Ziel der Altersarbeit nicht nur in Kreuzlingen, aber auch in Kreuzlingen durch das Implementieren von ambulanten Dienstleistungen führt dazu, dass ältere Menschen länger in ihrer angestammten und gewohnten Umgebung, ihrer Wohnung verbleiben können, Heimeintritte werden vermieden oder zumindest hinausgezögert. Ambulant vor stationär, so die Idee. Somit ist die Investition, die wir in die Menschen tätigen, auch wirtschaftlich relevant. Mit der Streichung der notwendigen Stellenprozente für die Altersfachstelle von Kreuzlingen ist faktisch keine Altersarbeit in der Stadt Kreuzlingen mehr möglich. Zusätzlich, es wurde schon gesagt, ich wiederhole es, die Umsetzung des Alterskonzepts in Kreuzlingen ist auch nicht mehr möglich. Die Altersfachstelle ist kein Selbstzweck des Departements Soziales, wir haben es gehört. Wir machen die Arbeit nicht für uns, wir machen sie für das Zielpublikum, für die ältere Menschen. Bei einer Streichung dieser Fachstelle sind sie die Verlierer. Die Stadt Kreuzlingen steht vor einem Scheideweg, Sie alle entscheiden, ob die Stadt Kreuzlingen weiterhin eine Anlaufstelle und eine aufsuchende, fachkompetente Altersfachstelle behält oder verliert. Dies auch noch nach Büroschluss und am Wochenende. Ich appelliere an Ihre Verantwortung gegenüber den älteren Menschen in Kreuzlingen, unterstützen Sie den Antrag von GR Herzog für die Überführung in den permanenten Betrieb mit 60 %. Nach dem jetzigen Kenntnisstand genügen 60 %, und ich möchte mir die Diskussion nicht ausmalen, wenn das jetzt doch in eine Befristung für das nächste Jahr münden würde. Es wurde auch gesagt, der Budgetprozess in der Stadt Kreuzlingen setzt im April ein. Wir haben nicht mehr besonders viel Zeit. Wir sind jetzt knapp eineinhalb Jahre unterwegs und bis im April wird es keine nennenswerten Erkenntnisse geben, bis man dann ins Parlament geht und argumentieren muss. Ich glaube, wir sind dann genau am gleichen Ort. Ich bitte Sie, die Frage, die Altersstelle in Kreuzlingen zu behalten oder nicht, heute zu stellen.

Ich komme noch kurz auf den Einwand von GR Hummel bezüglich Caritas zu sprechen. Natürlich macht die Caritas einen wertvollen Job, höchstwahrscheinlich dann auch in der Stadt Kreuzlingen. Sie sind vom Weinfelden aus tätig, für die Gesamtbevölkerung zuständig und sichern Budgetanierung und Budgetberatung im ganzen Kanton Thurgau. Natürlich sind finanzielle Belange auch bei älteren Menschen teilweise von Belang, aber eigentlich geht es bei den finanziellen Fragen von älteren Menschen um sozialversicherungsrechtliche Fragen, das kann die Caritas nicht leisten. Das kann eine Fachstelle Kreuzlingen leisten, das kann allenfalls eine kantonale Fachstelle leisten. Die Frage an Michael Anderegg am Montag: "Was wäre für die Stadt Kreuzlingen und die betroffenen Menschen die Folge, wenn es eine komplette Streichung dieser Stelle gibt?" Es ist eigentlich simpel. Es gibt eine Triage der einfachen Anfragen an die Stadt Kreuzlingen, dann wird ein Auftrag an die Sozialhilfe gemacht werden müssen zur Begleitung dieser Person, welche diese Fragestellung hat. Die Sozialhilfe ist aber für Sozialhilfeklientinnen und Sozialhilfeklienten da. Ich habe bei mir im Departement keine Stellenprozente übrig, welche das leisten könnten. Deshalb stimmt die Aussage, die GR Herzog gemacht hat. Bei einfachen Anfragen, wo trotz der Begleitung allenfalls eine aufsuchende Begleitung auch abends oder am Wochenende vonnöten wäre, wird dies nicht mehr möglich sein. Diese Leute werden zwischen Stuhl und Bank fallen. Deshalb bitte ich Sie, der permanenten Überführung mit 60 % zuzustimmen und nicht, wie aus Vorsicht budgetiert, eine befristete Stelle einzustellen.

GR Hummel: Da waren die alten Leute in Kreuzlingen ganz arme Leute, als es diese Stelle noch nicht gab, denn da hatten sie keine Anlaufstelle. Sehr schlimm. Pro Senectute hat in Kreuzlingen ein Büro. Pro Senectute, ich habe es gesagt, bietet genau dasselbe an. Dann haben wir noch die Spitex, wir haben die Sozialdienste der Spitäler und Heime, wir haben das Rote Kreuz. Und wie bereits erwähnt, den Zahlen der Sozialdienste, was eigentlich die Hauptthemen sind, ist zu entnehmen, dass es in den allermeisten Fällen wirklich nur um das Finanzielle ging. Wenn man die Leute anderweitig betreuen muss, finde ich, muss man andere Lösungen suchen. Das werden sicher auch nicht wahnsinnig viele sein. Aber es kann nicht sein, dass man so gut funktionierende Organisationen wie Pro Senectute etc. von Seiten der öffentlichen Hand konkurrenziert.

GR Wolfender: Für mich persönlich ist das Votum von SR Brüllmann und so eine Kehrtwende mitten im Prozess ziemlich schwierig. Man hat klar gesagt, diese Stelle ist auf drei Jahre befristet. Jetzt geht es darum, sie noch ein Jahr weiterzuführen, was ich grundsätzlich gut finde. Denn ich hoffe, in einem Jahr gibt es mehr Klarheit, wo wir Synergien haben oder wo Überschneidungen mit anderen Fachstellen sind, die dort auch mit im Boot sind. Und es sind deren viele, die da im Boot sind. Ich finde es unmöglich, jetzt im Budget darüber abzustimmen oder darüber zu diskutieren, weil für mich eine ganz wichtige Diskussion auch die inhaltliche Diskussion ist, was die städtische Altersfachstelle machen soll. Denn vieles, was ich hier höre, ist eine sozialarbeiterische Tätigkeit, und zwar eine vollumfängliche. Und ich weiss nicht, inwiefern die mit Leuten, die eventuell auch noch Vermögen haben oder sich das eigentlich auch im professionellen Sinn leisten könnten, gegenverrechnet wird. Darüber habe ich noch nichts gehört. Ich zähle die älteren Menschen nicht zu einer besonders schützenswerten Spezies, sondern es gibt viele verschiedene Generationen, welche auch die Unterstützung der Stadt brauchen. Deshalb finde ich es wichtig, dass wenn so etwas für eine Altersgruppe gemacht wird, das auch in einem Kontext ist, der auch für die anderen Generationen nachvollziehbar ist. Das ist es für mich im Moment noch nicht. Ich bin klar dafür, dass man diese Befristung jetzt fortführt, und ich hoffe nicht, dass du im April dann nicht mehr Fakten oder weitere Aussagen darüber treffen kannst, was da alles passiert ist. Denn es ist immerhin noch ein Dreivierteljahr, wo wir vor dem Budget noch mehr in die Tiefe gehen können und uns vielleicht auch inhaltlich hier im Rat damit auseinandersetzen können.

SR Brüllmann: Zu Pro Senectute: Ich habe mehrfach gesagt, dass ich Pro Senectute und die Leistungen von Pro Senectute sehr schätze. Übrigens kostet uns die, wenn ich mich nicht täusche, jährlich CHF 6'800, sie ist also auch für die öffentliche Hand nicht ganz gratis. Das Alleinstellungsmerkmal der Altersfachstelle Kreuzlingen ist die Reaktionszeit. Altersarbeit ist vor allem Vertrauenssache, und Vertrauenssache braucht Zeit. Zeit hatten wir bisher nicht, wir sind wie gesagt etwa seit eineinhalb Jahren unterwegs. Ich glaube nicht, dass wir in einem Dreivierteljahr in der atmosphärischen Diskussion zusätzliche Argumente finden können, welche die Irritationen, die es offenbar gegeben hat, beseitigen könnten. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass Kreuzlingen eine Altersfachstelle braucht aufgrund der Reaktionszeit der Interventionen. Die Fallarbeit findet im Stillen statt. Man kann da nicht das Gefühl haben, dass an der Kirchentür all diese Namen stehen. Es ist ein Stigma, es ist mit Scham behaftet, es wird niemand herausschreien, ich brauche Hilfe. Es wird nicht publikumswirksam werden. Ich kann euch allenfalls nächsten April sagen, statt 101 Fälle wie vor den Sommerferien haben wir vielleicht 150 oder 200 Fälle. Ich kann euch aus datenschutzrechtlichen Gründen auch keine internen Daten liefern. Die Anzahl der Fälle könnte ich nennen, ich könnte vielleicht auch sagen, dass gewisse Arten von Fällen dazu gekommen oder weggefallen sind, also die allgemeine Richtung. Aber das wird nach meinem Dafürhalten in diesem Parlament und in der FRK zumindest nicht dafür ausreichen, dass man diese wichtige Leistung in den permanenten Betrieb überführen kann. Pro Senectute hat eine Reaktionszeit von 2-3 Wochen, was eine reine Beratungstätigkeit betrifft. Ich habe aber auch schon gehört, dass es ein halbes Jahr dauert. Ich habe mit Pro Senectute nicht Kontakt aufgenommen. Pro Senectute hat Bürozeiten, abends wird keine heimaufsuchende Information abgegeben. Es wird keine Fallarbeit betrieben im Sinne der Klientinnen oder Klienten, und es wird auch am Wochenende nicht ausgerückt. In unserer Darstellung gibt es Beispiele, wo unsere Fachfrau eine Begleitung im Kantonsspital St. Gallen gemacht hat und vor Ort fachkompetent auch mit Ärztinnen und Ärzten sprechen und so im Sinne des Klienten oder der Klientin die Fallarbeit weiterführen kann. Das ist wichtig. Es braucht eine Fachkompetenz, diese Fachkompetenz haben wir und es wäre schade, wenn wir hier und jetzt nach eineinhalb Jahren oder nach einem Dreivierteljahr diese Übung beerdigen. Noch einmal: Leidtragend ist nicht mein Departement. Ich bin Feuer und Flamme für das Thema Alter, weil ich das Bedürfnis sehe, weil ich viel mit älteren Menschen in Kontakt bin, auch bei "Leben und gestalten" etc.. Was man dort hört, sind wirklich die Bedürfnisse, die uns ganz deutlich dazu ermuntern, auf dem richtigen Weg zu sein, und der richtige Weg ist eine permanente Einsetzung dieser Leistung mit 60 %. Wenn es uns dann in fünf Jahren so richtig um die Ohren pfeift, und das ist anzunehmen, kommen wir lieber noch einmal mit einer Erweiterung, statt dass wir jetzt eine Befristung, die wirklich nett gemeint ist, wie es ursprünglich für drei Jahre geplant war, einsetzen. Die Gründe, warum wir diese drei Jahre nicht hatten, habt ihr alle auch

schon mitbekommen. Es wird nichts bringen. Ich finde, dann lieber jetzt beerdigen statt in neun Monaten beerdigen.

GR Brändli: Ich habe noch eine Verständnisfrage. SR Brüllmann sagt, man solle dem Antrag der SP folgen. Basiert denn das auf einem Entscheid des Stadtrats? Ist das die Meinung des gesamten Stadtrats oder nur die Meinung von SR Brüllmann?

STP Niederberger: Vor der Gemeinderatssitzung besprechen wir jeweils im Stadtrat alle möglichen Eventualitäten. Dieses Thema haben wir auch besprochen, da wären wir als Gesamtstadtrat natürlich ebenfalls einverstanden mit diesen 60 %. Dann kann ich auch gleich noch die Frage des Präsidenten beantworten. Wenn wir diese Stelle permanent mit 60 % machen würden, wären das Einsparungen von CHF 29'000 inkl. Sozialleistungen. Wir würden die entsprechenden Posten natürlich anpassen.

GR Hummel: Die Zahlen, wie diese Stelle frequentiert worden ist, stammen nicht von vor den Sommerferien, sondern per 31. August. Vor zwei oder drei Wochen hatten wir die FRK-Sitzung. Wusste man damals nicht, dass es nur 60 % braucht? Das finde ich eigenartig.

GR Dufner: Ich komme nicht darum herum, auch noch etwas zu sagen. Was SR Brüllmann gerade gesagt hat, überrascht mich schon ein bisschen. Auch der Antrag der SP. Ich finde, Kollege Pleuler hat es eigentlich auf den Punkt gebracht, das wäre der richtige Weg. Aber dass wir jetzt mittendrin die Spielregeln ändern wollen und sagen, es bringt gar nicht mehr, wenn wir die Befristung bis zum Ende führen, wenn wir die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus ziehen und wenn wir auch im Gemeinderat einmal genau sagen, wie, was und wo diese Altersstelle macht. Das war auch eines der Probleme in der Diskussion in der FRK, dass wir am Schluss mit der Verhängung mit Rat & Tat, mit der Quersubventionierung, was die räumlichen Bereiche betrifft, einfach keine Klarheit hatten. Man sieht nicht genau, was sie macht und ob es das alles braucht. Wir haben zwar den Katalog bekommen, was angeboten wird, wir haben auch die Antwort bekommen, was nachgefragt worden ist. Und jetzt muss ich auch euch das noch sagen. Auf Seite 7 dieser Antwort des Departements – Frage: Wie viele Leute nahmen das Angebot der Altersstelle in welchem Zeitraum wahr? Antwort: 101 Personen haben sich seit der Eröffnung der Altersstelle mit uns a) telefonisch, b) per E-Mail oder c) persönlich direkt in den Beratungsräumen in Verbindung gesetzt. Nächste Frage: Welche Probleme und Themen beschäftigten häufiger oder weniger häufig? Bitte eine Rangliste. Antwort 1. Abklärung von möglichen Ergänzungsleistungen im Zusammenhang mit einem Pflegeheimeintritt. 2. Fragen zu Vorsorgeauftrag in Kombination mit einer Patientenverfügung. 3. Informationen zu Dienstleistungserbringern aus der Region. 4. Abklärung möglicher Hilfenentschädigung. 5. Krisenintervention steigend. Was der Stadtrat heute Abend sehr breit dargestellt hat, die Krisenintervention, steht an fünfter Stelle, und alles andere ist halt schon finanziell oder hängt, wie GR Wolfender es gesagt hat, nicht mit dem Alter zusammen, sondern es sind mehr sozialfürsorgetechnische Fragen. Bevor ich so eine Stelle, wo wir viele andere Player im Markt haben, definitiv durchwinke, will ich eben genau wissen, was die in Zukunft genau macht. Hätte man das nämlich von Anfang an richtig aufgeschrieben und gemacht, hätte man der FRK Auskunft geben können in diesem Bericht. Aber das konnte man nicht richtig, man konnte es nur ein bisschen. Es wird ein bisschen angetönt, und das reicht mir nicht, um so eine Stelle – sowieso heute Abend zwischen Stuhl und Bank – auf immer und ewig unbefristet zu sprechen. Deshalb bin ich der Meinung, man müsste den Antrag von GR Pleuler folgen, gegebenenfalls mit einem Änderungsantrag, die Stelle auf 60 % zu reduzieren; weil das offensichtlich genügt, wie von GR Herzog, ich nehme an in Absprache mit seinem Stadtrat, gesagt wurde. Dann soll man eine klare Auslegeordnung machen und dann diskutieren wir darüber, ob wir die Stelle unbefristet durchwinken oder nicht.

GR Ch. Brändli: Zu dem, was GR Dufner gesagt hat, gibt es nicht mehr viel beizufügen. Ich bin genau gleicher Meinung, man soll es so machen wie von GR Pleuler skizziert, dann haben wir den richtigen Weg. Ich bitte auch die anderen, ihre Änderungsanträge zurückzuziehen, dann haben wir einen sauberen Weg und man kann das sauber aufbauen. Dann haben wir, wie Kollege Dufner es schon leicht energiert gesagt hat, auch die notwendigen Grundlagen.

SR Brüllmann: Die Fallführung wird nicht bezahlt, das ist genau das Problem. Das ist auch der Hauptgrund, warum die KFA, die kantonale Fachstelle Alter, mit dem Geriatrie- und Demenzkonzept 2022-2025 das ausrollt. Wenn eine Fallführung nicht bezahlt ist, haben verschiedenste Stellen keine Möglichkeit, die Fallführung zu übernehmen. Das heisst die Fallführung und Begleitung von älteren

Menschen wird nur dann wahr, wenn die Stadt Kreuzlingen die Altersstelle behalten kann. Was GR Dufner erwähnt hat: Ich bin jetzt doch auch irritiert. Wir haben in dieser 14-seitigen Darstellung klar aufgezeigt, was unsere Fachstelle macht und was sie nicht macht. Und an fünfter Stelle ist Krisenintervention. Krisenintervention findet auch im Stillen statt, hat meistens mit gesundheitlichen Schwierigkeiten zu tun und kommt von heute auf morgen. Da ist die Reaktionszeit wesentlich. Wenn die Reaktionszeit, das heisst jetzt sofort, nicht angeboten werden kann, haben die Stakeholder im Gesundheitssystem, und das Gesundheitssystem ist wirklich kompliziert, ein riesiges Problem. Und es wird niemand die Fallführung zugunsten der älteren Menschen übernehmen, weil sie nicht bezahlt ist.

Abstimmung

Der Antrag von GR Herzog (Reduktion von 80 % auf 60 % und unbefristet) wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Gegenüberstellung Antrag GR Leuch (60 % befristet auf ein Jahr) und Antrag des Stadtrats (80 % befristet auf ein Jahr): Der Antrag von GR Leuch erhält 27 Ja-Stimmen, der Antrag des Stadtrats erhält 9 Ja-Stimmen ohne Enthaltungen.

Abstimmung

Der Antrag der FRK (Streichung der Stelle) wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 42, 5790 Verwaltung Sozialhilfe Asylwesen, 5790.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, etc.

GR Schulthess: In der Kommentarspalte gibt es einen Verweis externe Personalkosten Schutzstatus S neu in 3130.00. Ich finde diese nicht. Vielleicht habe ich irgendetwas nicht im Griff, vielleicht auch der Finanzchef. Wo ist 3130.00, wo die externen Personalkosten neu sein sollen? – Jetzt habe ich es verstanden. Aber ich sehe nicht ein, warum wir so viele externe Beraterkosten brauchen und möchte das gern auf den Betrag reduzieren, den wir letztes Jahr hatten. Dass es etwas braucht, ist unumstritten. Ich beantrage, den Betrag auf CHF 120'000 zu reduzieren.

SR Brüllmann: Die CHF 200'000 Dienstleistungen Dritter sind unsere fachverantwortlichen S-Menschen. Das ist Koordination und Begleitung, das sind Personalkosten der Koordination Migration S. Wenn ihr diese kürzt, weiss ich nicht mehr, wie ich die bezahlen soll.

GR Schulthess: Woher kommt denn die markante Steigerung? Sind plötzlich noch mehr Leute, die vorläufig aufgenommen werden oder was ist die Ursache? Es ist nicht der gleiche Betrag wie in der Rechnung 2022, sondern er ist wesentlich höher.

STP Niederberger: Die Ukraine Krise ist gekommen, ohne dass wir das planen konnten. Dann waren die Flüchtlinge hier, und man musste sie betreuen. Man hat die Leute in einem befristeten Pensum angestellt, weil die Flüchtlinge eine Betreuung brauchten. Wir wissen nicht, wie lange diese Ukraine Krise noch dauert, deshalb haben wir sie für nächstes Jahr ordentlich budgetiert. Wir haben sie im Stellenetat ausgewiesen. Es sind drei Personen: Iris Lagrange, welche die ganze Koordination macht, dann haben wir eine Ukrainerin und einen Ukrainer, welche da mitarbeiten und den Kontakt zu den Landsleuten und zu unserer Koordinationsstelle haben. Diese drei Personen sind im Stellenetat drin. Verändert hat sich nichts, aber es hat eine Umschichtung gegeben, indem es vorher unter Beratung lief und jetzt im Personaletat ersichtlich ist. Da muss man noch wissen, wir erhalten pro Flüchtling monatlich eine Pauschale. Dieser Aufwand ist gedeckt, das kostet die Stadt Kreuzlingen nichts, es wird über die Pauschale von rund CHF 1'300 gedeckt.

GR Schulthess: Meine Frage war eine andere. Ich habe verstanden, was sich an der Situation verändert hat. Die Situation wollte ich nicht infrage stellen. Aber per saldo ist es mehr. Oder habe ich da etwas falsch zusammengezählt? Es sind zusätzliche Stellen für gleich viele Personen im Schutzstatus oder was habe ich nicht verstanden?

SR Brüllmann: Der Krieg hat am 24. Februar 2022 begonnen. Iris Lagrange haben wir vier Wochen später eingestellt, die Betreuungspersonen haben wir 6-8 Wochen später angestellt. Das ist der

Unterschied zwischen knapp CHF 140'000 und CHF 200'000. Wir gehen davon aus, dass der Krieg das ganze 2024 dauert, also muss ich auch während des ganzen Jahres 2024 die Lohnkosten bezahlen. Das ist der Unterschied, es ist nur die Zeit. Es sind keine Lohnerhöhungen drin, das geht bei befristeten Personen auch gar nicht. Der Unterschied ist die Zeitdauer und nur die Zeitdauer.

GR Schulthess: Es ist trotzdem unklar. Im Budget 2023 sind es CHF 70'000, da hat man die Konten noch nicht zusammengezogen, auf dem anderen Konto war es noch null. Vielleicht bin ich jetzt blöd, aber meine Aussage ist, im Budget 2023 haben wir CHF 70'000 und im Budget 2024 haben wir CHF 260'000. Kann man mir das erklären? Das sind nicht zwei Monate.

GR Müller: Ich probiere, es zu erklären. Es geht darum, dass man für das Budget 2023 noch nichts wusste. Im Frühling 2022 machte man das Budget, man wusste es noch nicht und stellte dafür deshalb gar kein Geld ein. In der Rechnung 2022 hat man es schon drin und in der Rechnung 2023 wird es auch auftauchen.

SR Brüllmann: Ich muss korrigieren. Die CHF 200'000 Dienstleistungen Dritter sind nicht die Personalkosten von Iris Lagrange und der Begleitung, es sind die externen Kosten, die Joker, die wir hinzunehmen mussten für die Arbeitsintegration. Die drei Personen, welche vorhin vom Stadtpräsidenten angesprochen wurden, sind in den normalen Besoldungskosten drin. Das sind die Personen, die zusätzlich dazu kommen. Wir haben von knapp 200 jetzt 15 Fälle Unterstützungseinheiten zusätzlich bekommen. Das heisst das sind die zusätzlichen externen Personalkosten. Es ist im Kommentar schon richtig beschrieben. Für Status S zur Unterstützung im Rahmen der Sozialhilfe. Wir mussten nicht bloss Koordinations- und Begleitungspersonen anstellen, wir brauchten auch noch externe Unterstützung zur Bewältigung der ganzen Sozialhilfearbeit. Jeder, der im Schutzstatus S angemeldet wurde, ist schliesslich zu einem Fall geworden. Diese haben sich faktisch verdoppelt, da brauchten wir zusätzliches Personal.

GR Schulthess: Entsprechend ziehe ich meinen Antrag zurück, denn es ist plausibel, dass es nicht drei Personen à zwei Monate sind, die CHF 160'000 Mehrkosten verursachen. Danke für die Erklärung.

Seite 54, 7690 Übrige Bekämpfung von Umweltverschmutzung, 7690.3130.04 Projektkosten Massnahmenplan Klima

GR Schulthess: Das ist grüne Agenda. Mein Antrag CHF 24'000 von diesem Konto zu reduzieren. Mir ist das Projekt nicht bekannt, ich ahne Böses, vermutlich ist das mehr eine politische Kontonummer.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess wird mit 3 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 55, 7690 Übrige Bekämpfung von Umweltverschmutzung, 7690.3637.00 Objektbeiträge Energie an private Haushalte

GR Schulthess: Angepasste Förderrichtlinien mit Fördermöglichkeit führt zu höheren Förderbeiträgen. Klingt für mich nach Subventionen. Ich würde vermuten Solarenergie. Subventionen sind etwas Schädliches, etwas Marktverzerrendes, etwas Nichtliberales und etwas, was nicht ans Ziel führt. Deshalb möchte ich das reduzieren auf CHF 27'000 wie bisher in der Rechnung. CHF 100'000 wurden budgetiert, Reduktion auf CHF 27'000.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess wird mit 3 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Beilage B – Beiträge

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen

STP Niederberger: Ich komme zurück auf *3). Der Finanzchef kann die CHF 90'000 im Budget so nicht abdrucken. Deshalb ist unser Vorschlag, dass wir die CHF 90'000 jetzt herausnehmen und dann eine Botschaft machen.

Schlussabstimmung

Dem Budget 2024 wird bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 64 % mit 28 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen zugestimmt. Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

Motionen

8. Motion Swiss Power Renewables / Begründung

GR Salzmann: In einer Volksbotschaft, egal welcher Thematik, werden Versprechungen abgegeben. Für dieses und jenes Geld erhält man dieses oder jenes an Leistungen. Natürlich kann und wird es immer Abweichungen geben zur tatsächlichen Realität. Aber die Volksbotschaften unseres Stadtrats sind so gestrickt, dass ich mit Fug und Recht behaupten kann, dass der Stadtrat nach bestem Wissen und Gewissen diese verfasst. Nun zur Volksbotschaft zur Investition in Swissspower Renewables von 2012. Da sind Dinge enthalten, die im Nachhinein betrachtet nicht unbedingt eingetroffen sind. Und es haben sich Rahmenbedingungen geändert, die es erlauben, diese Sache noch einmal anzuschauen. In dieser Volksbotschaft hat man dem Volk auf diese Investition eine gute Rendite versprochen. Diese Rendite ist ausgeblieben, Zahlen dazu finden sich in der Motion selbst. Indirekt hat der Stadtrat in der Volksbotschaft den Erhalt des Werts dieser Investition versprochen, das ist bekanntlich nicht so eingetroffen. Auch hierzu finden sich Zahlen in der Motion selbst. Der Wert schmilzt wie Eis an der Sonne. Bei einer Investition in ausländische Stromproduktion verbessert sich unsere Versorgungssicherheit nicht. Letzten Winter sind wir uns unserer Staatsgrenzen sehr bewusst geworden. Wenn es in der Schweiz eine selbstverschuldete Strommangellage gibt, ist halt jedes Land sich selbst am nächsten. Das sind die Unterschiede zwischen der Botschaft 2012 und dem wahren Leben. Wäre es aus eurer Sicht nicht sinnvoll oder geradezu ethisch geboten, das Volk dazu nochmals zu befragen, egal ob man persönlich an dieser Investition festhalten will oder nicht? 2012, also vor über 10 Jahren hat das Stimmvolk beschlossen, hier eine Investition im Sinn der sogenannten Energiewende zu tätigen. Damals hatte man noch keine Fantasie oder vielleicht waren die technischen Möglichkeiten noch nicht so weit, die Energieproduktion in unserer Stadt voranzutreiben. Nun sind wir mindestens so weit, aktiv darüber nachzudenken, und SR Beringer und sein Team begutachten technisch und kommerziell, was sich mit einer Wärmeproduktion in der Stadt machen liesse. Die SP war aktiv beim Thema Seewasserwärme. Wäre es nicht besser, das Kapital unseres Gebührenzahlers hier in der Stadt Kreuzlingen zu investieren? Haben sich die Gegebenheiten nicht grundlegend verändert, sodass das Volk noch einmal darüber befinden sollte, egal wie man persönlich zu dieser Investition steht? Der Stadtrat hat damals argumentiert, wir bräuchten diesen Swissspower-Verbund, weil wir als kleines EW nicht alle fachlichen Kompetenzen vorrätig halten könnten. Da sage ich nur: Selbstverständlich, wir brauchen Spezialisten von aussen, die wir selbst nicht mit einer ganzen Stelle beschäftigen können. Aber brauchen wir deswegen eine Investition von über CHF 5 Mio.? Die Hoffnungen der damaligen Botschaft haben sich nicht erfüllt und der technische Fortschritt hat die Ausgangslage grundlegend verändert. Es wird Zeit, das Volk erneut über diese Vorlage befinden zu lassen.

Interpellationen

9. Interpellation Nebenamtliche Tätigkeiten von Mitgliedern des Stadtrates / Begründung

GR R. Herzog: Immer wieder und vor allem natürlich vor Parlamentswahlen taucht die Frage von Ämterkumulation auf. In letzter Zeit sind mehrere Fälle aufgetaucht. Vor allem in Amriswil und Frauenfeld hat das einiges an Wellen aufgeworfen, wo es darum ging, ob Kandidierende oder im Amt sitzende Exekutivmitglieder auch für weitere Ämter kandidieren können sollen. Es entbrennt jeweils eine sehr

kontroverse Diskussion, die sich im Wesentlichen um zwei Hauptargumente dreht. Nämlich einerseits zugunsten eines Mehrfachmandats wird argumentiert, dass so ein Mandat auf kantonaler oder nationaler Ebene auch für die Stadt von Vorteil sein könnte. Stichworte Lobbying, Interessenvertretung etc.. Andererseits wird aber auch gefordert, dass der gewählte Mandatsträger oder die Mandatsträgerin seine oder ihre ganze Schaffenskraft der Stadt zur Verfügung stellen soll. Das ist ein bisschen ein unlösbares Dilemma. Die gesetzlichen reglementarischen Grundlagen (Gemeindeordnung) in Kreuzlingen sind im Hinblick auf diese Frage recht ungenau und interpretationsbedürftig. In der Gemeindeordnung gibt es lediglich einen Artikel, welche die nebenamtliche Berufstätigkeit von Exekutivmitgliedern im Vollamt regelt. In der Praxis geht es gar nicht so sehr um eine nebenamtliche Berufstätigkeit, sondern um eine nebenamtliche weitere Amtstätigkeit. Das sind die Fälle, die in letzter Zeit Wellen geworfen haben. Zudem ist die Frage für die nicht in Vollzeit angestellten Stadträte schon gar nicht geregelt. Es stellen sich in diesem Zusammenhang also verschiedene Fragen. Diese Fragen haben wir in der Interpellation aufgeführt und sind froh, wenn der Stadtrat die aus unserer Meinung unklare reglementarische Grundlage für uns interpretiert und schildert, was seine Sicht und seine Auslegung der bestehenden Rahmenbedingungen ist und was allenfalls als Folgeschritte darauf unternommen werden müsste.

Verschiedenes

10. Verschiedenes

10.1 Schriftliche Anfrage zum Thema Verkehr und Baustellen in der Stadt Kreuzlingen / Eingang

Der Ratspräsident: Es ist folgende schriftliche Anfrage der SVP-Fraktion eingegangen "Verkehr und Baustellen in Kreuzlingen" (Beilage 2)

10.2 Postulat Soziale Verantwortung – Günstiger Strom und günstiges Gas für Kreuzlingen / Eingang

Der Ratspräsident: Es ist folgendes Postulat von GR Salzmann eingegangen "Soziale Verantwortung - günstiger Strom und günstiges Gas für Kreuzlingen". (Protokoll Beilage 3)

10.3 Dorfplatz Kurzrickenbach, gefährliche Abschränkung zum Bach

GR Hummel: Ich war am Samstag an der Eröffnung des neugestalteten Dorfplatzes Kurzrickenbach. Ich habe vor einiger Zeit, ich weiss nicht mehr, in welchem Gremium das war, Mitarbeitenden der Bauverwaltung mitgeteilt, ich finde es wahnsinnig gefährlich, dass die Abschränkung zum Bach waagrecht ist statt senkrecht. Ein Privater muss ein Balkongeländer senkrecht machen, er kann es nicht waagrecht machen. Es wurde gesagt, offenbar dürfe man das im Strassenbau, aber man danke für den Hinweis. Ich finde es immer noch sehr gefährlich. Wenn dort ein Kind hinaufklettert und 5 Meter in die Tiefe fällt, wenn der Bach nicht viel Wasser hat, dann hat die Stadt ein Problem. Aber dessen nicht genug. Jetzt hat es auf der anderen Seite auch noch waagerechte Geländer. Manchmal habe ich ein bisschen den Eindruck, die Leute sind beratungsresistent. Ich finde es wahnsinnig gefährlich und wenn dort einmal etwas passiert, hat die Stadt wirklich ein Problem.

SR Zülle: Diese Geländer sind oben gegen vorne abgeköpft, daher sind sie nicht gefährlich. Hinaufklettern kann man auch bei anderen Geländern. Wir haben das abgeklärt, die darf man aufstellen. Sie haben eine gute Sichtwirkung für den Bach. Denn wenn es so ist, durchschneidet es nicht den Blick, sonst erhält man eine Art Wand, wenn man ein bisschen schräg steht. Das ist der Grund. Wir haben dieses Geländer auch bei der Brücke beim Hörnli. Es ist noch nie jemand hinuntergefallen, und ich denke, das wird immer von unseren Fachleuten gut abgeklärt und es ist abgeklärt und man kann die so machen. Darum haben wir es so gemacht, und wir werden die überall so machen. Übrigens auch an der Brückenstrasse.

GR R. Herzog: Barbara, ich möchte dich da unterstützen. Zwischen so bauen dürfen und so bauen sollen ist ein Unterschied. Es mag sein, dass man so durfte, aber das heisst für mich immer noch nicht, dass man so bauen sollte. Ich finde den Input daher begrüßenswert.

GR Ch. Brändli: SR Zülle, bitte nehmt solche Sachen ernst und wertet die sicherheitstechnischen Aspekte höher als irgendwelche architektonischen "Fürze".

Der Ratspräsident: Ich schliesse die Sitzung. Schöne Ferien.

Sitzungsende: 22.45 Uhr

Beilagen

- Tischvorlage zu Traktandum 6 – Ersatzwahl in die Kommissionen
- Schriftliche Anfrage zum Thema Verkehr und Baustellen in der Stadt Kreuzlingen
- Postulat Soziale Verantwortung – Günstiger Strom und günstiges Gas für Kreuzlingen

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Der Stimmenzähler

Sitzung des Gemeinderats vom 5. Oktober 2023
Ersatzwahl in die Kommissionen (Traktandum 6)

Von der FDP-Fraktion und der FL/GLP-Fraktion wird folgender Vorschlag unterbreitet, gültig ab 5. Oktober 2023:

Kommission Bau und Umwelt

Präsident bisher	Guido Leutenegger	neu	Urs Wolfender
Suppleant bisher	Marc Portmann	neu	Markus Rüegger

Einbürgerungskommission

Suppleant bisher	Marc Portmann	neu	Alexander Salzmann
Suppleant bisher	Urs Wolfender	neu	Edgar Käslin

Geschäftsprüfungskommission

Mitglied bisher	Marc Portmann	neu	Alexander Salzmann
Suppleant bisher	Alexander Salzmann	neu	Markus Rüegger

Energie Kreuzlingen

Mitglied bisher	Alexander Salzmann	neu	Markus Rüegger
Mitglied bisher	Urs Wolfender	neu	Edgar Käslin

Spezialkommission Ortsplanungsrevision

Mitglied bisher	Guido Leutenegger	neu	vakant
-----------------	-------------------	-----	--------

28. September 2023 / Stadtkanzlei

Sperrfrist für alle Medien. Veröffentlichung erst am 5. Oktober ab 19.00 Uhr

Schriftliche Anfrage zum Thema Verkehr und Baustellen in der Stadt Kreuzlingen

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident

Sehr geehrte Herren, Stadträte

Ausgangslage:

Seit geraumer Zeit sind in der Stadt Kreuzlingen hintereinander viele grosse Strassen-sanierungsprojekte abgeschlossen worden oder stehen noch an. Zuerst die Sanierung Seetalstrasse, vom Kreisel Seetalstrasse/Bleichestrasse bis zum Kreisel Romanshornestrasse. Danach die langjährige Sanierung der Romanshornestrasse. Im Moment die der Seetalstrasse, Höhe Hafenbahnhof. Diesen Monat soll die Grossbaustelle Bärenstrasse in Angriff genommen werden. Abschluss der Bauarbeiten Ende 2024.

Im Finanzplan der Stadt Kreuzlingen (2024 bis 2027) sind im Bereich Gemeindestrassen CHF 27.5 Mio., für Beiträge an den Bau von Kantonsstrassen CHF 5.0 Mio. vorgesehen. Gemäss Plan, flachen im Zeitraum von 2027 bis 2032 die Investitionen, vor allem im Bereich Gemeindestrassen, deutlich ab.

Unserer Einschätzung nach, haben viele Kreuzlinger grosse Mühe mit der aktuellen Verkehrssituation, die doch schon einige Jahre anhält und wünschen sich zwischendurch einmal eine Verschnaufpause. Eine Verbesserung der Situation, ist gemäss Finanzplan, die nächsten Jahre nicht zu erwarten.

Laut Aussagen einiger Bewohner in umliegenden Gemeinden, meiden diese bereits den Standort Kreuzlingen und weichen vermehrt nach Weinfelden und/oder Amriswil aus, um ihre Einkäufe zu tätigen. Ein Sachverhalt, der für den Detailhandel und das Gewerbe in Kreuzlingen alles andere als optimal ist.

Gemäss Stadtrat ist die Lösung ab und zu mit dem Fahrrad zu fahren (Protokoll GR vom 7. September 2023, Seite 67). Die SVP-Fraktion erwartet eigentlich von den verantwortlichen Stadträten Lösungsvorschläge zu dieser Problematik. Oder ist es ernst gemeint, dass zum Beispiel Handwerker und andere Dienstleistungserbringer mit dem Fahrrad ihre Arbeit erledigen sollen?

Unsere Fraktion ist es bewusst, dass Unterhaltsarbeiten und Sanierungen im Bereich Strassen und Werkleitungen nötig sind. Aber die aktuelle Situation ist für viele Einwohner, Gewerbetreibende und Detailhändler schwierig zu akzeptieren.

Die SVP-Fraktion hätte gerne von Stadtrat folgende Fragen beantwortet:

1. Wie sieht der Stadtrat seine Kommunikation gegenüber Parlamentariern, wie aber auch gegenüber der Bevölkerung zum Thema Baustellen, Stau und Verkehr?
2. Welchen Einfluss, hat die Stadt Kreuzlingen gegenüber dem Kanton bei Sanierungen von Kantonsstrassen, beziehungsweise nimmt sie aktiv Einfluss auf die Bauarbeiten an Kantonsstrassen.

Ist sich der Kanton der Problematik in Kreuzlingen bewusst? Haben Gespräche zwischen den Verantwortlichen Personen seitens Kanton und der Stadt stattgefunden um die Situation zu verbessern? Wenn ja welche Verbesserungsmassnahmen wurden, getroffen? Wenn Nein, warum ist dies nicht geschehen?

3. Ist sich der Stadtrat über die Schwierigkeiten für das Gewerbe, insbesondere des Detailhandels bewusst? Welche Lösungen sieht der Stadtrat?
4. Welche Massnahmen trifft der Stadtrat, um die Situation zu verbessern beziehungsweise zu entschärfen?

Gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats, Art.49 Ziffer. 4, hat der Stadtrat für die Beantwortung sechs Monate Zeit. Da wir diese Thematik jedoch als dringlich erachten, bitten wir den Stadtrat unsere Fragen so schnell wie möglich zu beantworten.

Für die SVP-Fraktion



Séverine Schindler

Die SVP-Fraktion hätte gerne von Stadtrat folgende Fragen beantwortet:

1. Wie sieht der Stadtrat seine Kommunikation gegenüber Parlamentarier, wie aber auch gegenüber der Bevölkerung zum Thema Baustellen, Stau und Verkehr?
2. Welchen Einfluss hat die Stadt Kreuzlingen gegenüber dem Kanton bei Sanierungen von Kantonsstrassen, beziehungsweise nimmt sie aktiv Einfluss auf die Baupläne an Kantonsstrassen?
3. Ist sich der Kanton der Problematik in Kreuzlingen bewusst? Haben Gespräche zwischen den Verantwortlichen Personen seitens Kanton und der Stadt stattgefunden um die Situation zu verbessern? Wenn ja welche Verbesserungsmaßnahmen wurden getroffen? Wenn nein, warum ist dies nicht geschehen?
4. Ist sich der Stadtrat über die Schwierigkeiten für das Gewerbe, insbesondere des Detailhandels bewusst? Welche Lösungen sieht der Stadtrat?
5. Welche Massnahmen trifft der Stadtrat um die Situation zu verbessern beziehungsweise zu entschärfen?

Gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats, Art. 49 Ziffer 4, hat der Stadtrat für die Beantwortung sechs Monate Zeit. Da wir diese Thematik jedoch als dringlich erachten, bitten wir den Stadtrat unsere Fragen so schnell wie möglich zu beantworten.

Für die SVP-Fraktion



Séverine Schindler

Postulat nach Art. 47 des Reglements des Gemeinderats, *eingereicht durch Alexander Salzmann*

Soziale Verantwortung – Günstiger Strom und günstiges Gas für Kreuzlingen

Mittels dieses Postulats entlasten wir die Privathaushalte mit günstigeren Strom- und Gasrechnungen, ohne Subventionen oder anderweitige Kosten durch den Steuer- oder Gebührenzahler.

Strom:

§6b Abs. 1 des kantonalen Energienutzungsgesetzes (ENG; RB 731.1) schreibt den Elektrizitätsversorgern vor, dass sie ein Angebot mit ausschliesslich "erneuerbarem Strom" anbieten müssen, bevorzugt aus Schweizer Produktion. Sie können daneben auch andere Produkte anbieten, sie müssen aber nicht. Es kann die Strategie eines Versorgers sein, nur noch Produkte mit "erneuerbarem Strom" anzubieten.

Ich stelle fest, dass die Stadt Kreuzlingen lediglich Produkte mit sogenanntem "erneuerbarem Strom" anbietet, sowohl für Kunden innerhalb wie ausserhalb der Grundversorgung. Ein günstigeres Produkt aus anderen Energieerzeugungsquellen bietet die Stadt Kreuzlingen nicht an.

- Im Bereich der Marktkunden mit Netzzugang sehen wir hier keine Probleme, da der Kunde zu einem Anbieter mit günstigeren Produkten als die von §6b des Energienutzungsgesetzes Geforderten wechseln kann.
- Für die Monopolkunden in der Grundversorgung, die Strom von der Stadt Kreuzlingen und niemandem anderem beziehen müssen, erachten wir diese Strategie der Stadt Kreuzlingen als nicht sozial.

Forderung des Postulats zum Thema Strom:

Im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Monopols ohne ideologischen Erziehungsauftrag hat die Stadt Kreuzlingen den Kunden neben dem Produkt der kantonalen Vorgaben auch ein günstigeres Produkt aus anderen Energieerzeugungsquellen anzubieten, sofern keine bundes- oder kantonalrechtlichen Vorschriften verbindlich dem entgegenstehen.

Gas:

Gemäss Angaben des Amts für Energie gibt es keine gesetzlichen Vorschriften betreffend die teurere Biogasanteile und die günstigere Erdgasanteile in Gasprodukten.

Die Stadt Kreuzlingen vertreibt im Monopol in unserem lokalen Gasnetzes Gas. Dabei vertreibt sie vier verschiedene Gasprodukte:

- Gas mit 15%, 20%, 50% und 100% Biogasanteil, ersteres als «Standardprodukt» vermarktet.
- Ein Gas-Produkt ohne Biogas bietet der lokale Energieversorger nicht mehr an.

Auf der Basis des Tarifblattes kann davon ausgegangen werden, dass für BioGas100 die Mehrkosten ca. 50% höher sind gegenüber reinem Erdgas, beim Standardprodukt etwa 5-10%, abhängig je nach Tarifgruppe.

Ob Biogas den CO₂-Ausstoss insgesamt bremst, kommt in einer Bundesstudie zu Biomassen des Bundesamts für Energie auf verschiedene Faktoren an. Eine von Alexander Salzmann an der Gemeinderatssitzung vom 23. Januar 2020 aufgeworfene Frage, ob das Kreuzlinger Biogas tatsächlich CO₂-ärmer ist, als das alternative Verbrennen in der Müllverbrennungsanlage zur Stromerzeugung hat der Stadtrat bisher keine diesbezüglichen Erkenntnisse mitgeteilt (Beilage 1). Und selbst wenn die Faktoren eher für Biogas als für die Müllverbrennung sprächen ist unklar, wie hoch die Vermeidungskosten einer Tonne CO₂ in unserem Fall tatsächlich sind. Es besteht somit das Risiko,

dass dies selbst aus dem Gesichtspunkt der CO₂-Vermeidung unwirtschaftlich ist; ökonomisch ist dies ohnehin der Fall.

Forderung des Postulats zum Thema Gas:

Im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Monopols ohne ideologischen Erziehungsauftrag hat die Energie Kreuzlingen den Kunden ein (günstigeres) Produkt mit 100% Erdgas zur Verfügung zu stellen, sofern keine bundes- oder kantonrechtlichen Vorschriften verbindlich dem entgegenstehen.

Beilage 1 – Protokollauszug aus der Gemeinderatssitzung vom 23. Januar 2020 – Traktandum 23.1

23.1 Biogas

GR Salzmann: Ich habe eine kleine Frage zum Thema Biogas. Die Stadt Kreuzlingen hat Ende November bekanntgegeben, dass im Januar beim Standardprodukt der Technischen Betriebe der Anteil von Biogas von 5 Prozent auf 10 Prozent erhöht wird. Da bekanntlich Biogas erheblich teurer ist als Erdgas, habe ich eine Frage nach dem Grund für diese Änderung. Die städtische Medienmitteilung vom 28. November 2019 begründet das mit dem Thema Klimaschutz – daher auch der Titel der Medienmitteilung "Mehr Biogas, weniger CO₂" – und macht sich mit dem Ziel des entsprechenden Lobbyverbands, nämlich der Schweizerischen Gasindustrie daran, den Biogasanteil zu erhöhen und damit als Gasindustrie ökologischer zu wirken. Nun ja, für mehr Klimaschutz mehr zu bezahlen, das kann ich noch verstehen, aber ich frage mich, ob das überhaupt stimmt. Hier komme ich zu einer Studie des Bundesamts für Energie – eine dicke Studie, wie ihr es seht – "Ökobilanz zur Biomassenverwertung". Generell kann man den biogenen Abfall auf drei Arten behandeln. 1. Kompostierung, 2. Vergärung zu Biogas und zum anschliessenden Verbrennen dieses Gases in den Haushalten und Produktion von CO₂ dort, oder 3. Die thermische Verwertung in einer Kehrlichtverbrennungsanlage zur Erzeugung von Strom und Fernwärme. Der Bund hat in seiner Ökobilanz zur Biomassenverwertung diese drei Wege untersucht. Einfachheitshalber lasse ich die Kompostierung weg und wir kommen zum folgenden Schluss: Szenarienrechnungen mit der Methode Eco Indikator 99 und der Methode der ökologischen Knappheit haben gezeigt, dass die Vergärung zu Biogas wie auch die thermische Verwertung in einer Kehrlichtverbrennungsanlage gleichwertig seien und im Einzelfall nachzuberechnen seien. Das hat mich selber überrascht, dachte ich doch auch immer, Biogas sei per se ökologischer als alles andere. Wahrscheinlich ist mein bisheriger Kenntnisstand von der Zeit geprägt, als die Kehrlichtverbrennungsanlagen hoffnungslos ineffizient waren und sich mehr als Abfallverwerter und weniger als Energiekraftwerk sahen. Wie ist das zu berechnen? Das hängt von verschiedenen Faktoren ab, je nach Art des Grünguts wie Wassergehalt, Zusammensetzung, Energiegehalt oder darin befindliche Schwermetalle, logistische Fragestellungen. Beim getrennten Sammeln von biogenem Abfall und restlichem Abfall produziert man mehr CO₂ als bei gemeinsamem Sammeln. Transport zu den entsprechenden Werken, zu einer Vergärungsanlage oder zur thermischen Anlage sowie Effizienz der jeweiligen Verwertungsanlage. Die KVA Weinfelden ist betreffend Fernwärme leicht überdurchschnittlich effizient, bei der Stromgewinnung leicht unterdurchschnittlich im Vergleich zu anderen thermischen Verwertungsanlagen in der Schweiz. Das kann man im Internet nachschauen. Es kann also sein, dass ökologisch gesehen mehr Biogas im Gasnetz der Stadt Kreuzlingen der thermischen Verwertung in der KVA Weinfelden vorzuziehen sei, wie die Medienmitteilung suggeriert. Es kann aber genauso umgekehrt sein. Wir wissen es nicht. Daher wäre ich den Technischen Betrieben sehr verbunden, wenn sie Berechnungen der beiden vorgenannten ökologischen Methoden des Bundes vorlegen würden, damit wir tatsächlich sehen können, ob die Erhöhung der Gaspreise – also mit mehr Biogas – tatsächlich einen ökologischen Mehrwert generiert oder nicht. Der Kunde bezahlt sicher gern mehr für einen ökologischen Mehrwert, aber auch nur dann, wenn er wirklich existiert.

SR Beringer: Darauf möchte ich eine ganz kurze Antwort geben. Diese Anfrage ist ein Riesenthema und ich möchte gar nicht gross auf das grosse Thema eingehen, ich möchte es kurz regional erklären, wie wir es

von den Technischen Betrieben aus mit dem Biogas sehen. Wir haben ein neues Standardprodukt,

das heisst Biogas 10. Das hat auch ein bisschen damit zu tun, wir wissen, es wird eine Biogasanlage in Tägerwilen geben, das ist die Bioenergie Tägerwilen AG, die aus dem bestehenden Kompost, den wir regional sammeln, Biogas herstellt und dieses bei uns ins Netz einspeist. Das ist ein Kreislauf, den wir in Kreuzlingen haben. Wir produzieren Bioabfälle, diese werden mit batteriebetriebenen Fahrzeugen ökologisch eingesammelt, gehen dann in die Kompostieranlage, werden dort vergärt, fermentiert. Das gibt Biogas, welches wie gesagt in unser Netz eingespeist wird und anschliessend im Standardprodukt enthalten ist. Der Rest der Biomasse wird aufbereitet und als Kompost weiterverwertet. Wir haben da einen ökologischen Kreislauf, den wir regional anbieten können. Es bestehen nun Möglichkeiten, das Biogas noch etwas zu erhöhen. Wer etwas mehr ausgeben und gern etwas für den ökologischen Mehrwert tun möchte, kann Biogas 20, Biogas 30 etc. kaufen. Dazu kaufen die Technischen Betriebe bei zwei grossen zertifizierten Biogasanlagen Zertifikate ein. Das Zertifikat nennt sich ISCC. Fragt mich nicht, was diese Abkürzung heisst, aber es ist ein internationales Label, das für nachhaltige Biomasse zertifiziert. Das heisst, diese Biogasanlagen verwerten keine Nawaroprodukte, also keine nachhaltigen Rohstoffe. Nachhaltige Rohstoffe sind ein bisschen zur Mode geworden, vor allem im deutschen Raum. Das bedeutet, dass man Mais anpflanzt, um ihn zu schneiden, vergären und zu vergasen. Das finde ich ökologisch nicht sinnvoll, andere finden es okay, aber ich finde es ökologisch nicht sinnvoll. Darum haben wir Biogasanlagen ausgesucht, um Zertifikate einzukaufen, die eben genau das nicht haben, sondern die wirklich auf einem ökologischen Prozess die Substrate verwerten und Biogas herstellen. So arbeiten wir bei den Technischen Betrieben. Aber um die Fragen genau zu beantworten, nehmen wir das gern auf und schreiben dann noch etwas dazu. Aber der Grundsatz: Wir möchten das Biogas selber produzieren, selber einspeisen, einen eigenen Kreislauf haben, das finden wir ökologisch sehr sinnvoll.

GR Moos: Das führt mich gleich zu zwei Anschlussfragen. Mich würde interessieren: Befinden sich die beiden Biogasanlagen, die von SR Beringer genannt wurden, in der Schweiz? Und die zweite Frage, die mich interessiert: SR Beringer hat gesagt, das Ziel ist, den Stoffkreislauf zu schliessen. Das ist eigentlich auch mein Ziel oder zumindest kann ich dieses Ziel voll und ganz unterstützen. Wenn man das will, muss man genug Gärmaterial haben und genug Biogas zur Verfügung stellen. Wie viel Prozent des gesamten Gasabsatzes in der Stadt Kreuzlingen und Umgebung kann die Biogasanlage in Tägerwilen abdecken?

SR Beringer: Diese Zahlen können wir im Zusammenhang mit der Beantwortung der Fragen gern liefern. Die Anlagen befinden sich in Dänemark und England. Wir haben europäische Biogaszertifikate.

GR Rüegg: Ich fand den Vortrag von GR Salzmann sehr interessant. Aber meiner Meinung nach machte er einen falschen Vergleich. Er hat in der Biogasanlage herstellen und in der Kehrichtverbrennungsanlage verbrennen verglichen. Dieser Vergleich stellt sich aber hier nicht. Die Stadt hat sich an dieser Biogasanlage beteiligt oder sich zumindest verpflichtet, das Gas abzunehmen, also kommt das Gas von dort. Was man vergleichen muss, ist, wie viel ökologischer das Biogas ist, wenn es von Tägerwilen oder von einer richtig zertifizierten Biogasanlage im Ausland kommt. Ich nehme an Deutschland. Ah ja England. Die steigen aber aus. Man muss den Vergleich mit dem Erdgas machen, das aus Russland oder sonst irgendwoher kommt. Ich glaube, dort ist die Frage eindeutig. Wenn wir europäische oder gar schweizerische Energie produzieren in Form von Erdgas und das gemischt und wahrscheinlich immer stärker in unsere Gasnetze kommt, ist das sicher sinnvoll. Die andere Frage ist auch interessant, hat aber mit unserer Problematik nichts zu tun. Das ist generell eine übergeordnete Frage, die man beantworten sollte, ob das sinnvoller ist mit der Kehrichtverbrennungsanlage. Aber dort ist auch etwas in Gang, die wollen in Weinfelden eine neue Kehrichtverbrennungsanlage bauen.

Name	Vorname	Unterschrift
Salzmann	Alexander	A. Salz
Ribezzi	Fabrizio	
Knöpfli	René	R. Knöpfli
Brändli	Christian	Ch. Brändli
Rüegg	Markus	M. Rüegg
Schultheiss	Georg	G. Schultheiss
Brändli	Ana	A. Brändli
Carrel	Silvia	S. Carrel
Hummel	Barbara	B. Hummel
Semeraro	Ivan	I. Semeraro
Ricklin	Judith	J. Ricklin
Gremlich	Hansjörg	H. Gremlich
Keller	Nico	N. Keller
Herzog	Josée	Josée Herzog
Schindler	Séverine	S. Schindler
Pleuler	Thomas	T. Pleuler

[illegible]

